

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauhausstraße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13008.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhausstraße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Differenzen im Arbeiter- und Soldatenrat.

### Kerenskis Sieg.

Der Zweikampf Kerenski-Kornilow, der über eine Woche lang die Welt in Atem hielt, hat mit einem vollen Sieg des ersteren geendet. Die bürgerliche Gegenrevolution, die sich bereits stark genug gefühlt hatte, die Hand nach der Staatsgewalt auszustrecken und den populären Heerführer gegen die Hauptstadt marschieren zu lassen, liegt nun zerschmettert am Boden. In der Person Kerenskis triumphiert nicht er selbst, sondern das Prinzip der Demokratie, das sich wurzelfester und fester erwiesen hat, als das auf die Panik und die Milderkeit der Massen spekulierende autoritäre Prinzip, das an die Stelle der Fortentwicklung der Revolution die Säbelstutatur und die politische Reaktion setzen wollte.

Auch jetzt hat das Militär, wie in der Märzrevolution, die den Sturz des Zarismus herbeiführte, eine ausschlaggebende Rolle in den Ereignissen gespielt. Aber ebensowenig wie der Inhalt der blutigen Märztage in Petersburg etwa als Palastrevolution einiger Regimenter bezeichnet werden kann, darf jetzt der militärischen Seite der letzten Vorgänge das Übergewicht über den politischen verliehen werden. Dies um so mehr, als gerade der Ausgang der jetzigen Kämpfe in denkbar trassetester Weise die Tatsache unterstreicht, daß die Haltung der Truppen in den russischen Revolutionskämpfen nicht diktiert wird von dem Willen dieser oder jener Führer, sondern von den Grundgesetzen des revolutionären Kampfes, der sich vor unsern Augen in Ruhestand abspielt.

Als die Kreaturen des Zaren im März die Petersburger Regimenter gegen das hungernde, demonstrierende Volk aufboten, verweigerten die Soldaten ihren Offizieren den Gehorsam und besiegelten damit den Sieg des Volkes über den Zarismus. Jetzt verweigerten die Soldaten, die Kornilow gegen Petersburg führte, ihren Offizieren den Gehorsam, nachdem die Delegierten des A- und S-Rats sie über die wahre Sachlage aufklärten und an ihre Pflichten gegen das Volk und die Zukunft der Revolution erinnerten. In dem halben Jahr seit der Märzrevolution ist das politische Bewußtsein der Soldatenmasse so weit gestiegen, daß die unklare Unzufriedenheit mit dem zaristischen Regime einer klaren Stellungnahme zu den komplizierten Fragen der Revolution und der inneren Parteikämpfe gewichen ist.

Als die Entscheidung in Ruhestand auf des Messers Schneide stand, sprachen wir die Erwartung aus, daß der demokratische Geist der Armee, im Verein mit dem revolutionären Elan der Arbeiter, den Sieg Kornilows verhindern werde. Diese Erwartung hat sich nicht als trügerisch erwiesen. Wie jetzt feststeht, haben die A- und S-Räte im Verein mit den Soldatenausschüssen an der Front und in der Flotte die Niederlage Kornilows herbeigeführt. Unvorbereitet war kein gegenrevolutionärer Versuch keineswegs. Zahlreiche Generale standen auf seiner Seite, ebenso wie die Führer der bürgerlichen Parteien und kapitalistischen Organisationen, die sich auf der Moskauer Staatskonferenz miteinander verständigt und ein Aktionsprogramm fertiggestellt hatten. Wenn der Versuch mißlang, so hauptsächlich deshalb, weil die bürgerlichen und adeligen Rebellen eine Kleinigkeit übersehen hatten: das revolutionäre Bewußtsein der Armee und des Proletariats, die sich die Erwerbungschaften der Revolution nicht so ohne weiteres entziehen lassen und nicht die Hand dazu bieten, ihre eigene Freiheit zu meucheln.

Soweit sichere Nachrichten über die jüngsten Ereignisse vorliegen, waren die bürgerlichen Parteien des Sieges Kornilows so sicher, daß sie bis Montag, den 10. d. M., offen für ihn Partei nahmen. An diesem Tage gelang es der Regierung, einen Aufruf des Offiziersbundes des jüngsten Kornilows abzufangen. Die in Finnland stationierten Truppen eilten der Regierung nach Petersburg zur Hilfe. Das Helfingforscher Flottenkomitee, das die Befreiung Admiral Werderewskis, des jetzigen Marineministers, (der im Juli wegen seiner Weigerung, etwaige aufständische Schiffe zu torpedieren, abgesetzt und verhaftet wurde) zur Bedingung gestellt hatte, erklärte den Anschluß der Ostflotte an Kerenski und entsandte am 11. September eine Torpedobootflottille nach Petersburg. In der Hauptstadt selbst trat die im Juli aufgelöste rote Garde in einer Stärke von 50 000 Mann in Funktion. An verschiedenen Frontabschnitten verhinderten die Armeeausschüsse den Uebertritt der Generale auf die Seite Kornilows und verhafteten jene, die ihren Beitritt vollzogen hatten. Die A- und S-Räte in

Moskau, Charkow, Tambow, Minsk, Nischni-Nowgorod usw. mobilisierten sofort ihre Kräfte für die Regierung und trafen Schutzmaßnahmen gegen etwaige konterrevolutionäre Aktionen. Gegen Kornilow selbst wurden Truppen ausgeschildt, die ihn von seiner Basis abschnitten und seinen Vormarsch verhinderten. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die Eisenbahner, die, ihren alten revolutionären Traditionen getreu, mit den Arbeitern solidarisch vorgingen. Das Endergebnis war, daß die ganze Truppenmacht Kornilows sich ohne Schwertstreich ergab und dadurch nicht nur den militärischen, sondern auch den moralischen Sieg der revolutionären Demokratie besiegelte.

Diese Wendung kam für die im Hintergrunde verborgenen Drahtzieher der Gegenrevolution, die Herren von Miljukow, Gutschkow und Rodsjanko völlig unerwartet. Sie hatten bereits mit aller Bestimmtheit auf Kornilows Sieg gerechnet und ihre Karten aufgedeckt. Nun versuchte es Miljukow, seine Ziele auf dem Wege der „Vermittlung“ zu erreichen. Er beschwor Kerenski am 11. September, nach dem Hauptquartier zu fahren, um sich mit Kornilow „auszusöhnen“. Worauf Kerenski antwortete, er habe nichts dagegen, wenn Miljukow zu Kornilow fahren würde, um ihn zur Uebergabe zu veranlassen. Er selbst lehne aber Verhandlungen ab. Nach diesem mißglückten Jesuitenstreich des ehrenwerten Führers der ehrenwerten Kadettenpartei gab diese das Spiel verloren und beendete sich, die Erklärung abzugeben, sie sei bereit, in das neue Ministerium einzutreten. Denn das ist für die Bourgeoisie noch immer die Hauptsache gewesen: gelang es nicht, die Macht ganz in die Hand zu bekommen und den Gegner hinterläs abzuwürgen, so machte man ein ehrliches Gesicht und erklärte sich „schweren Herzens“ zu dem „Opfer“ bereit, die Macht mit ihm zu teilen — um ihn morgen zu verraten. Die russische Bourgeoisie wartet nicht einmal auf dieses „morgen“. Sie jetzt schon jetzt wieder ihre Maulwurfsarbeit fort und stellt bereits „Bedingungen“. So erklären die Kadetten jetzt, sie würden nur dann ins Kabinett eintreten, wenn Kornilow — nicht unter dem „Druck“ irgendwelcher Parteien abgeurteilt werden würde! Was tuis, daß Kornilow nach den Gesetzen, die er selbst der Regierung abgezwungen hatte, um die Armee jetzt in der Hand zu halten, zehnmal sein Leben verwirft hat. Jetzt gilt für die Zubasse der Kadettenpartei, den zugkräftigsten Kandidaten für die Rolle des künftigen Bonaparte vor der Hinrichtung zu retten.

Diesem hinterlistigen Treiben gegenüber, das sich noch an zahlreichen andern Beispielen illustrieren ließe, gibt es nur eine Taktik: eine feste revolutionäre Gewalt, die sich vor allem auf die revolutionäre Demokratie stützt und auf alles Paktieren mit den entlarvten Verrätern der Revolution verzichtet. Wenn die Anzeichen nicht trügen, entwickeln sich die Dinge in Ruhestand in dieser Richtung. Doch darüber in einem besonderen Artikel.

Die heutigen Nachrichten aus Ruhestand erschweren wieder das Urteil über die Lage im starken Maße. Sie wimmeln von scharfen Widersprüchen, und vor allen Dingen gibt der Rücktritt des Sowjetsbureaus ein vorerst schwer zu lösendes Rätsel auf. Als Grund wird die Annahme der bekannten Resolution der Maximalisten durch den Rat angegeben. Das ist aber schwer verständlich, wenn die feinerzeitige amtliche Meldung richtig war, daß dieser Beschluß nur durch eine Zufallsmehrheit zustandekomme und gleich danach wieder aufgehoben worden sei. Es scheint die Möglichkeit vorzuliegen, daß es mit dieser angeblichen Aufhebung seinen Halen hat, daß die Mehrheit des A- und S-Rats durch die Erhebung Kornilows zu einer entscheideneren, linksgerichteten Politik gekommen ist. Doch sind nähere Meldungen abzuwarten. — Ein englisches Blatt, die Londoner Morningpost, meldet, der Sowjet habe mit 251 gegen 140 Stimmen der Regierung den Wunsch ausgesprochen, daß Kornilow und 32 gefangene Generale amnestiert würden. Dieser Wunsch wäre wiederum mit einer Linksabweichung des Rates nicht zu vereinbaren.

Ueber die Haltung Kerenskis und seines Direktoriats läßt sich auch noch keine rechte Klarheit gewinnen. Eine holländische Meldung behauptet, die erste Handlung der neuen russischen Regierung werde die Auflösung der Duma sein, da man annimmt, daß sie an der Verschönerung Kornilows großen Anteil gehabt habe. Das wäre eine Konzession an die sozialistische Linke. Von anderer Seite wird behauptet, daß Kerenski vergeblich versucht habe, sich durch die Proklamierung der Republik das Vertrauen der

Sozialisten zu sichern. Der Arbeiterrat habe energisch gegen das von Kerenski gebildete bürgerliche Kabinett protestiert, und der Vorstand der sozialrevolutionären Partei habe Kerenski „wegen dieses Schlags gegen die Revolution“ aus der Partei ausgeschlossen. Bei den Sozialisten habe es große Erbitterung erregt, daß Kerenski Minister und Militärbefehlshaber bezieht, die besonders heftige Feinde der Sozialdemokraten sind. Der Kosakengeneral Kaledin soll nach bürgerlichen Berichten die Kosakentruppen von der Front zusammenziehen, um einen entscheidenden Schlag gegen die Regierung zu führen. Sein Heer befinde sich in den Gebieten der Städte Nowo Tscherkassk und Rostow. Nach dieser Darstellung würde Kaledin den Plan Kornilows erneuen und mit stärkeren Mitteln aufnehmen. Eine Sensationsmeldung, die allerdings aus einem russischen Blatt, der Russaja Wolga, stammt, behauptet, daß Petersburg in der Nacht von der Luft aus bombardiert und zahlreiche Menschen getötet worden seien. Ein unbekanntes Flugzeug habe Proklamationen an die Bewohner Petersburgs abgeworfen mit der Aufforderung, Kornilow zu vertrauen. Wir geben alle diese Nachrichten, besonders aber die letzte, mit ausdrücklichem Vorbehalt.

### Rücktritt des Bureaus des A- und S-Rats.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Anschließ des von der Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrats angenommenen Beschlusses der Maximalisten, der die Forderung aufstellte, daß die Gewalt von den Räten übernommen wird, ist das gesamte Bureau des Arbeiter- und Soldatenrats zurückgetreten. Nämlich der Vorsitzende Tschelische, die stellvertretenden Vorsitzenden Gussimow, Goshad, Sobolew, Tschereckel und Tschernow. Die Neuwahlen des Bureaus werden in der nächsten Sitzung stattfinden.

### Amnestie für das Zarenpaar?

Berlin, 20. Sept. Die Regierung der russischen Republik hat, wie verschiedenen Blättern berichtet wird, die Amnestie für das Zarenpaar beschlossen. Es soll die Freiheit zurückerkhalten unmittelbar nachdem die abgegebene Versammlung die neue Verfassung genehmigt und alle Mächte die russische Regierungsform anerkannt haben. Gleichzeitig wird gemeldet, der Sowjet habe mit 251 gegen 140 Stimmen dem Direktorium den Wunsch nach einer Amnestie für die der Meuterei beschuldigten 32 Generale übermitteln.

### Das Oberkommando des Bezirks Petersburg.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die vorläufige Regierung hat in der Erwägung, daß die Bewegung Kornilows vollkommen unterdrückt ist und insoweit davon die ansehnlichsten Maßnahmen, die durch sie veranlaßt waren, unnötig geworden sind, die Aufhebung des Postens des Militärverwalters von Petersburg angeordnet. Zum Oberkommandierenden der Truppen des Bezirks Petersburg wurde Oberst Pallownikow ernannt. Der neue Kommandant ist mit ausgedehnten Machtbefugnissen ausgestattet zur Regelung der Fragen der Lebensmittelversorgung und des Transportwesens.

### Geriichtsverfahren gegen Bolschewiki.

Petersburg, 18. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Riew, Winsk und einigen andern Städten hat ein Gerichtsverfahren gegen Soldaten, die der maximalistischen sozialdemokratischen Partei angehören und wegen Verbrüderung mit den Deutschen oder Gehorsamsverweigerung im Kampfe angeklagt sind, begonnen. Bei einem ähnlichen Prozeß in Pskow sind 35 Soldaten zu Zwangsarbeit auf 6 bis 10 Jahre verurteilt worden.

### Die große demokratische Konferenz.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die große demokratische Konferenz ist endgültig auf den 25. September festgesetzt worden. Es werden daran ungefähr 800 Abgeordnete teilnehmen, die sämtlich durch besondere Depeschen eingeladen worden sind, in welchen ihnen die Notwendigkeit nahegelegt wird, alle Kräfte des Landes zu vereinen, um seine Verteidigung zu organisieren und zur Bildung einer festen revolutionären Gewalt beizutragen. Im ganzen Lande begannen vorberreitungen zu den Wahlen für die Verfassungskommision, und Wahlkreisausschüsse haben sich bereits in 10 Provinzen gebildet.

### Autonomie für die baltischen Provinzen.

Riin, 19. September. Nach Meldungen der französischen Presse hat die vorläufige russische Regierung vorbehaltlich der Genehmigung der Verfassungskommision die Autonomie von Estland, Livland und Kurland bewilligt.

### Ein Maximalist Bizebürgermeister von Petersburg.

Petersburg, 18. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Unter den drei neu gewählten Bizebürgermeistern von Petersburg ist auch der maximalistische Sozialdemokrat Runatscharsky.

# Der erste Schritt zum Frieden.

Ein englisches Blatt, Daily Chronicle, erklärt, wenn es zutrefte, daß Deutschland beschloßen habe, seine Absicht aufzugeben, die Kontrolle über Belgien zu behalten, so sei damit der erste Schritt auf dem Wege zum Frieden getan. Der Weg werde zwar noch lang sein, da über die Absichten Deutschlands im Osten damit noch nichts gesagt sei, aber es sei dann die Pflicht der englischen Regierung, die Entwicklung zu fördern, indem sie durchsetze, daß die Entente ihre Friedensziele veröffentliche. Sie wolle geheimhalten, wenn Deutschland auf seine Annexionsgelüste verzichte, würde ein schwerer Fehler, wenn nicht ein Verbrechen sein.

Der Berliner Lokalanzeiger behauptet zu wissen, daß in jüngster Zeit in der Tat ein englischer Führer in bezug auf die belgische Frage an befreundeter Stelle erfolgt ist, und daß ebenso in gleich unverbindlicher Form eine Antwort erteilt wurde, die sich mit der Anregung beschäftigt, das belgische Faustpfand gegen die deutschen afrikanischen Kolonien auszu-tauschen. Das Blatt erklärt, nicht zu wissen, ob diese Antwort bejahend oder verneinend ausfiel und erklärt das Gerücht, England sei entschlossen, Teile des Kongogebiets gegen Deutsch-Südwestafrika anzubieten, als den Tatsachen voraus. Es hebt aber die Wichtigkeit des Umstandes hervor, daß die britische Regierung es schon für angezeigt gehalten hat, den Führer auszustreifen und versichert, annehmen zu dürfen, daß die Öffentlichkeit demnächst näheres über die Auffassung der deutschen Regierung in der belgischen Frage erfahren werde.

Die Meldungen zeigen, wie wichtig die Entscheidung der deutschen Regierung über Belgien ist, wie sehr die Friedensfrage gefördert werden könnte durch eine entsprechende klare Stellung des Reichskanzlers und wie sehr sich die all-deutschen Schreier am deutschen Volke veründigen, die weiter Tag für Tag mit vollen Baden in die Welt trompeten, daß Deutschland Belgien „in der Hand behalten“ müsse. Diese Agitation wird mit dem Aufgebot der äußersten Mittel betrieben, die Deutsche Zeitung ließ es an Angriffen auf den Reichskanzler nicht mehr bewenden, sondern schrieb geradezu: „Nichts, niemand steht uns höher, als das deutsche Volk.“

Wohin das zielt, ist leicht zu erkennen. Nicht ganz Unrecht hat übrigens die Deutsche Tageszeitung, wenn sie zu den ausweichenden Antworten der Offiziösen bemerkt, daß sie „derartige indirekte und unbestimmte Antworten weder zweckmäßig noch sehr würdig“ finden könne, und daß „die einschlägigen Stellen der deutschen Regierung damit weder der Sache noch dem Ansehen der Regierung dienen“. Nach einer Meldung verschiedener Blätter soll der Reichskanzler die Absicht haben, schon in der ersten Sitzung des Reichstags am 27. September eine größere Rede zu halten, in der er sich vornehmlich mit den Richtlinien der nun einzuschlagenden auswärtigen Politik beschäftigen werde. Ob er in dieser Rede etwa die gewöhnliche klare Auskunft über Belgien geben will? Wir werden es nicht eher glauben, als bis wir erleben, wie wir denn auch nicht eher glauben werden, daß die Reichstagsmehrheit bzw. die Scheidemann, die Regierung zu einer solchen klaren, unzweideutigen Kundgebung zwingen werden, als bis es Tatsache geworden.

Ueber die Festigkeit der Reichstagsmehrheit könnte man erneut zweifelnde Betrachtungen anstellen auf Grund einer Veröffentlichung des Kölner Zentrumsblattes. Die Kölnische Volkszeitung erklärte, Belgien könne nach dem Kriege nicht mehr ehrlich neutral bleiben, von dort aus würden feindliche Heere ohne Kriegserklärung und feindliche Fliegergeschwader zu Tausenden in das rheinisch-westfälische Industriegebiet einfallen und die Lebensader Deutschlands schon am ersten Tage des Krieges vernichten. Keine deutsche Regierung könne deshalb erklären, daß sie an Belgien nicht interessiert sei. Belgien möge als selbständiger Staat Deutschland die Gebiete verpachten, die dieses als Flottenstützpunkte gebrauche. Es müsse reale Garantien geben, daß es seine Festungen, seine Eisenbahnen, sein ganzes Militär nicht gegen Deutschland benutzen könne. Belgien sei die Tür, durch die Deutschland die Freiheit der Meere in der Zukunft erzwingen könne. — Das Zentrumsblatt erklärt ausdrücklich, daß sich diese seine Auffassung mit der eines Führers der Zentrums-partei decke.

**Die Absichten des Papstes.** Verschiedene französische Blätter erfahren, angeblich aus diplomatischer Quelle, der Papst werde die Antwort der Mittelmächte auf seine Friedensnote an die Entente weiterleiten und zugleich eine neue Friedensnote überreichen, die im wesentlichen eine Erklärung zur Antwort der Mittelmächte darstellen werde. Es sei der dringende Wunsch des Papstes, die Friedensfrage im Fluß zu erhalten. Nach der Italia hätte der Papst im Verlaufe seiner letzten Friedensnote an die Souveräne aller kriegführenden Mächte Handschreiben gerichtet, es solle ihm gelingen sein, die Unterföhrung einer großen neutralen Macht (vermutlich Spaniens) für die Friedensvorschläge zu erhalten.

## Vertrauensvotum für das Kabinett Painlevé.

Das Kabinett Painlevé hat ein Vertrauensvotum erhalten. Von 509 Deputierten haben 378 für das Vertrauensvotum gestimmt, einer dagegen. 215 Deputierte haben der Regierung Painlevé also kein Vertrauen ausgesprochen wollen. Die Mehrheit, auf die Painlevé sich stützen kann, ist keineswegs überwältigend.

Der Bericht der Agence Havas über den zweiten Tag der Kammer Sitzung ist sehr lakonisch gehalten. Er sagt nichts Näheres über die Interpellationen, nichts über die Reden, die gehalten worden sind, er schwärmt über die Haltung der Sozialisten. Man wird weitere ausführliche Nachrichten abwarten müssen, ehe man ein Urteil über die Aussichten des Kabinetts Painlevé abgeben kann.

### Die Sitzung der französischen Kammer.

In ihrem Stimmungsbild über die Sitzung der Kammer, in der die Erklärung durch Painlevé verlesen wurde, bemerkt Havas, daß die ministerielle Erklärung von dem einmütigen Beifall der Kammer aufgenommen worden sei, insbesondere auch die Verfü-

gung, daß jeder der Strenge des Gesetzes verfallt, der dem Feinde Vorschub leistet.

Bei Beginn der Sitzung verlas De Chanal ein Telegramm Tereschkens, in dem der Wille Russlands, den Kampf bis zum Siege fortzusetzen, bekräftigt wird.

Chaulin-Serviniere behauerte die Abwesenheit der Sozialisten im Kabinett und verlangte, daß Frankreich und seine Verbündeten ihre Kriegsziele bekanntgeben. Immerhin hält er keine Verhandlungen für möglich, solange die Deutschen das besetzte Gebiet nicht räumen. Er führte aus, die Regierung müsse im Hinblick auf die großen Unternehmungen des nächsten Frühjahrs die Armee während des Winters reorganisieren, und verlangte von der Regierung zu wissen, ob sie bereit sei, selbst fernliegende Friedensverhandlungen einzusetzen. — Von den Banken der Sozialisten ruft man: „Nein, nein, die Regierung ist noch nicht so weit!“ Chaulin fuhr fort: Warum gelingt es uns nicht, unsere Friedensziele darzulegen? Wir wären viel stärker, wenn wir sie genau umschrieben.

Robert warf Ribot vor, er habe das Parlament beschwören lassen. Das Beispiel Kornilows verwirre gewisse Gelehrte; eine künstliche Presse, die aus Geheimfonds genährt werde, wolle sich am Parlament rächen.

Dubois forderte Erklärungen der Regierung über die Tätigkeit des Kriegskomitees. Weiter forderte Dubois Klärung über die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich derjenigen, die die feindliche Propaganda begünstigen.

Ueber den zweiten Tag berichtet Havas nur:

In der Kammer fragte Lamery, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen werde, um ein Einvernehmen mit den Verbündeten für eine vernünftige Führung des Krieges sicherzustellen. Er kritisierte lebhaft die gegenwärtigen Anschauungen vom Kriege, der ein Krieg der Vorräte sei. Der Sieg werde dem Lande gehören, das den letzten Vorrat besitzen werde. Lamery erklärte darauf den Traum, das linke Rheinufer zu annektieren, für einen Anachronismus, während Elsass-Lothringen zu verlangen nur die Forderung nach Wiedergutmachung der vergewaltigten Rechte sei. Deutschland glaube, schloß der Redner, daß Vorrücken den Sieg bedeute. — Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Am Schluß der Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung nahm die Kammer eine Tagesordnung Paul Baffont, der die Regierung zugestimmt hatte, mit 378 gegen eine Stimme an. Diese Tagesordnung billigt die Erklärungen der Regierung und sagt: Die Kammer vertraut darauf, daß die Regierung die Durchführung ihres Kriegsprogramms tatkräftig fortsetzen werde.

### Die Immunität Turmel aufgehoben.

Paris, 10. Sept. (Agence Havas.) Der Brief des Oberstaatsanwalts an die Kammer, worin dieser die Ermächtigung zur Einleitung des Verfahrens gegen den Deputierten Turmel nachsucht, erinnert an die Umstände, unter denen die Entdeckung der 25000 Frank in Schweizerischen Banknoten in der Kammer stattfand, auf die Turmel keinen Anspruch erhebe und über deren Herkunft er drei voneinander abweichende Erklärungen gegeben habe. Eine zweimalige Ladung beachtete Turmel nicht. Der Verdacht ist also begründet, daß die von Turmel in der Schweiz vorgenommenen Operationen geschwehrtigen Charakter hatten und unter das Gesetz fallen, das jede Beziehung weltanschaulicher Art mit Unterthanen, feindlicher Mächte verbietet. Infolgedessen fordert der Oberstaatsanwalt von der Kammer die Ermächtigung, das Verfahren gegen Turmel einzuleiten.

Der Kammerauschuß für die Angelegenheit Turmel beschloß, dessen parlamentarische Unverletzlichkeit aufzuheben. Der Bericht des Ausschusses wird zu Beginn der Kammer Sitzung vom 10. September erörtert werden. Die zur Prüfung der Frage der Verfolgungsermächtigung gegen den Abgeordneten Turmel gemählte Kommission, die aus 12 Mitgliedern besteht, beschloß einstimmig, der vom Justizminister erbetenen Ermächtigung zur Einleitung der gerichtlichen Verfolgung gegen Turmel zuzustimmen. Einige Abgeordnete wiesen darauf hin, daß die vom Oberstaatsanwalt angeführten Anklagepunkte nicht sehr triftig seien, fügten jedoch hinzu, daß sie nichtbestimmter für die Einleitung des Verfahrens stimmten, schon im Interesse Turmel selbst, um es ihm zu ermöglichen, vollkommenes Licht in die Angelegenheit zu bringen.

### Eine untergeordnete Stelle?

Das Berliner Tageblatt hat die Meldung des Vorwärts über Pläne für eine „amtliche Aufklärung“ über die Kriegsziele bestritten. Es erklärt:

Aus Informationen, die uns zur Verfügung stehen, geht klar und unzweifelhaft hervor, daß es sich in der Tat um eine genau ausgearbeitete, in allen Einzelheiten organisierte, von amtlichen Stellen geleitete und mit Hilfe des amtlichen Apparats durchgeführte Agitation handelt. Diese Agitation erstreckt sich auf die verschiedensten Kreise und Schichten abhängiger, von ihren amtlichen Vorgesetzten abhängiger Personen. Sie steht nicht nur im Widerspruch zu der Politik der Reichstagsmehrheit, sondern doch auch, wenn nicht alles täuscht, im Widerspruch zur Politik der Regierung. Ob der Herr Reichskanzler von diesen Vorgängen etwas weiß, vermögen wir nicht zu beurteilen, aber es wäre unverstündlich, daß ihm und seinen Mitarbeitern diese so umfangreiche, rührige und planmäßige „Aufklärungsarbeit“ verborgen bleiben sollte. Eine Gegenwehr in der Presse, von der das sozialdemokratische Blatt spricht, ist aus Gründen, die nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, sehr schwierig. Der Reichstag aber wird sich mit dieser recht dringlichen Angelegenheit ja vermutlich beschäftigen.

Das liberale Blatt sieht, wie die Reiz zeigt, den Dingen mutiger ins Gesicht als das Organ der Regierungssozialisten. Der Vorwärts wickelt die Wirklichkeit aus, indem er versichert, er glaube nicht, daß der Reichskanzler um die Sache wisse. Das fortschrittliche Blatt macht diese Vermutung nicht mit. Es spricht die Selbstverständlichkeit aus, daß es unverstündlich wäre, wenn dem Reichskanzler oder seinen Mitarbeitern diese umfangreiche Tätigkeit amtlicher Stellen entgangen wäre. Das liegt ja auch auf der flachen Hand. Der Vorwärts hat sich wieder einmal mit Erfolg zusammenwacker gezeigt als das liberale Organ. Ein kleiner, aber immerhin beachtender Beitrag zur Charakteristik der Politik unserer Scheidemann!

Inzwischen sind Beschäftigungsrate auf den Plan getreten. Das Leipziger Tageblatt und einige andre Blätter erklären, es sei fest, daß die verantwortlichen Stellen der Regierung auch nicht im Traum daran dächten, „eine solche Propaganda ausüben zu lassen oder sie irgendwie zu begünstigen! Ob „die eine oder andre Stelle einen Betätigungsdrang nach dieser Richtung verspüre“, wisse man nicht.

Uns will dieses Dementi nicht sehr überzeugend klingen. Welche untergeordnete Stelle würde denn derartiges wagen, wenn sie nicht voraussetzen dürfte, daß die übergeordnete Stelle mit Wohlgefallen auf ihr übliches Tun schauen werde. Der Reichstag wird jedenfalls in diese Dinge scharf hineinleuchten müssen. Daß er dabei nicht nach den Verführungsbereitern des Vorwärts verfährt, dafür wird die unabhängige Sozialdemokratie zu sorgen haben.

## Ein Ablenkungsversuch.

Die sächsische Regierung wendet um die Hilfe des Bürgertums im Wahlrechtskampf.

Die sächsische Regierung hat schroff jede Wahlreform verweigert. Dafür will sie dem Volke den Mund stopfen mit dem Versprechen einer Reform der Ersten Kammer.

So sucht sie der beginnenden Wahlrechtsbewegung zu begegnen. Um des Einsingerichtes einer unzulänglichen Reform der Ersten Kammer willen soll das Volk die Wahlrechtsbewegung im Stich lassen.

Unzulänglich ist von vornherein jede Reform der Ersten Kammer, die die sächsische Regierung vorschlägt. Dieses Oberhaus, in dem der feudale Einfluß dominiert, wie er vor fast einem Jahrhundert verfassungsmäßig festgelegt wurde, diese Palastkammer, auf deren Zusammenlegung das Volk keinerlei Einfluß hat, ist der Hort der Reaktion in Sachsen. Nur seine vollständige Beseitigung ebnet der Demokratie in Sachsen den Weg.

Daran aber denkt die Regierung nicht. Sie will eine Änderung der Zusammensetzung der Ersten Kammer, die dem sächsischen Industrie- und Handelskapital einen größeren Einfluß als bisher gewährleistet. Sie hofft, dadurch den Bestand des Bürgertums gegen die Wahlrechtsbewegung der sächsischen Arbeiterkassen zu verlängern.

Ihr Versprechen der Reform der Ersten Kammer ist daher nichts als eine neue Ablenkung des Wahlrechtsverlangens des Volkes. Sie gibt dem Bürgertum neue Rechte, um der Arbeiterkassen mit einem neuen Kräftefeld gegenüberzutreten zu können.

Deutlicher könnte sie ihre Stellungnahme nicht zum Ausdruck bringen. Die Situation ist klar: von der Regierung hat die sächsische Arbeiterkassen nichts zu erwarten, alles nur von ihrer eigenen Wahlrechtsbewegung.

Das Versprechen einer unzulänglichen Reform der Ersten Kammer wird das sächsische Volk nicht davon abbringen, seine Forderung eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Zweite Kammer mit Energie zu verteidigen.

Die Regierung hat die Wahlrechtsbewegung gewollt, sie wird sie haben. Nur so können die Volksforderungen durchgesetzt werden.

Auf zur Wahlrechtsbewegung!

Der Vorwärts brachte in der letzten Sonnabendnummer einen Artikel über „die Wahlrechtsbewegung in Sachsen“, in dem der sogenannte Aufruf des Landesvorstandes der sächsischen Unabhängigen wiedergegeben wird. Im Anschluß an diese Mitteilung leistet sich das Blatt folgende, von einem abhängigen „Kampfbote“ besetzte Bemerkungen:

So der Vorstand der Sozialdemokratie Sachsen! Kein politisch denkender wird sich der Erkenntnis verschließen, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, welche die Interessen des Reiches aufs tiefste berührt. Innere Kämpfe während des Krieges sind gefährlich, die sächsische Regierung, die an Einseitigkeit hinter der preussischen zurückbleibt, fordert aber durch ihr kurzschichtiges Verhalten das sächsische Volk zu solchen Kämpfen heraus. Es liegt im Reichsinteresse, daß die sächsische Regierung zur Reife gebracht wird!

Dieser Kommentar ist wirklich bezeichnend. Ein sozialdemokratisches, kein wählendes Blatt fordert die preussische bzw. die Reichsregierung auf, die sächsische „zur Reife“ zu bringen, damit Sachsen vor „gefährlichen inneren Kämpfen während des Krieges“ bewahrt werde, das heißt, daß es vor einer energischen Wahlrechtsbewegung bewahrt bleibe. — Der Vorwärts hat damit seine Eigenart, sich als freiwilliges Regierungskommissariat aufzutun, pläjärend dargeboten. Im Vertrauen: der abhängige sozialdemokratische Landesvorstand Sachsen bedurft dieses Winkes mit dem Zaunpfahl nicht.

### Ein Affenlat auf die Freizügigkeit.

Die Handelskammer in Chemnitz versendet unter dem 13. September nachstehendes dringliches Schreiben:

Handelskammer zu Chemnitz.  
Geschäftsnummer 18675/13358 1917.  
Dringlich!

Beiz.: Ausweispflicht für Inlandreisen mit Uebernachtungen.

Die Einführung einer allgemeinen Ausweispflicht auf allen Inlandreisen für solche Reisende, die zu Uebernachtungen beabsichtigen, wird zuständigen Orts in Erwägung gezogen. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, die, wenn sie durchgeführt werden sollte, nicht nur während des Krieges, sondern auch später im Frieden bestehen bleiben und in erster Reihe der Abwehr feindlicher Auslandschaftungen dienen würde.

Die Handelskammer Chemnitz hat zu der Angelegenheit bereits am 11. August d. J. auf eine Anfrage des stellvertretenden General-Kommandos Leipzig Stellung genommen. Es wird hierzu auf die einliegende Abschrift aus unserm „Mittellungen“ Juli/August 1917, Seite 113 verwiesen. (Die Handelskammer hat eine zustimmende Antwort gegeben. D. M.) Im Gegensatz hierzu sind von der Handelskammer Dresden erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Dem königlichen Ministerium des Innern liegt daran, zu erfahren, ob diese Bedenken von den übrigen Handelskammern des Landes geteilt werden und ob insbesondere auch die von der in Aussicht genommenen Maßnahme stark betroffenen reisenden Kaufleute die Ausweispflicht als geschäftlich nachteilig empfinden würden. Berührt werden würden von der Maßnahme auch kaufmännische und technische Angestellten- und Arbeiterkreise. Die Handelskammer Chemnitz als derzeitiger Vorort der sächsischen Handelskammern ist vom Ministerium veranlaßt worden, sich gutachtlich zur Sache zu äußern.

Wir ersuchen Sie, uns Ihre Ansicht baldigst und längstens bis Dienstag, 18. September, hier einlaufend mitzutteilen, da die Angelegenheit gelegentlich einer am 20. d. M. in Dresden stattfindenden Zusammenkunft der Vorstehenden und Stellvertretenden sächsischen Handelskammern bereits erledigt werden soll.  
Chemnitz, 18. September 1917. Die Handelskammer.

Im ersten, zustimmenden Gutachten der Handelskammer Chemnitz hieß es:

Insbesondere könnte z. B. ein Ausweis ohne Sichtbild dem zu erstrebenden Zweck nicht genügen. Und weiter: Sollte die Aufhebung des allgemeinen Ausweispflichtes als Beschluß werden, so wäre ein solcher Ausweis zum mindesten für alle diejenigen Reisen einzuführen, auf denen die Reisenden — wenn auch nur ein-

mal — außerhalb des Wohnraums übernachteten, wo sie polizeilich angemeldet sind.

Es soll also der Zwang für Inlandsreisen eingeführt werden. Das bedeutet eine Erschwerung der versammlungsmäßig gewährleisteten Freizügigkeit, eine Maßregel, die zu reaktionären Zwecken politisch ausgenutzt werden kann. Warum und wozu diese Maßregel, und wer hat sie angeregt? Soll Deutschland nach dem Kriege unter dem Stock des vormaligen Polizeistaats gestellt werden? Soll diese erreaktionäre Maßregel die erste Frucht des Regimes Michaelis sein? Der Plan ist so böse, daß er den verblendetsten Neuorientierungsoptimisten die Augen öffnen muß.

### Vom Sage.

Je mehr das Kriegsernährungsamt den Agrariern entgegenkommt, desto mehr verlangen sie. Die Reichskartoffelstelle hat einen Kartoffelpreis festgesetzt, der durch die Erhöhung, durch die Schnelllebensprämie und die Ausfuhrprämie sich für den Verbraucher auf mindestens 7 Mark 85 Pfennige stellt. Dieser unerhörte Preis erscheint selbst Landwirten zu hoch. Im Hannoverschen haben sich Landwirte erboten, Kartoffeln für 6 Mark den Zentner frei Keller zu liefern. Die Reichskartoffelstelle hat ihr Angebot jedoch abgelehnt, sie zwingt ihnen die höheren Preise also in die Tasche.

Andererseits die wachsenden Agrarien, die ostelbischen Großgrundbesitzer. Ihnen sind diese unerhörten Preise noch zu niedrig. In der Deutschen Tageszeitung verlangt der Landrat a. D. von Dewitz einen Kartoffelpreis von mindestens 12 Mark pro Zentner! Menschenfreundlich, wie er und seinesgleichen nun einmal sind, schlägt er vor, daß die Verbrauchsmenge auf höchstens 3/4 Pfund pro Kopf und Woche festgesetzt werden soll. Herr von Döbenburg-Januschau wünscht gar, daß die Kartoffelversorgung ganz dem freien Handel überlassen werde, um dort die Preisgebende noch stärker anzulehen zu können. Herr von Dewitz will die Verbrauchsmenge auf eine Hungerration setzen, damit die Agrarien den Kartoffelüberschuß industriell verwerten und daraus noch höhere Profite ziehen können. Herr von Döbenburg-Januschau will gar jede Garantie für Kartoffellieferung aufgehoben wissen. Und den Einflüssen dieser Leute gibt das Kriegsernährungsamt nach.

Der hohe Kartoffelpreis, den es festgesetzt hat, schlägt eine indirekte Steuer ein, die den Kartoffelverlegern reißlos in die Taschen fließt. Er wirkt ganz wie eine indirekte Steuer. Er belastet die Bevölkerungsschichten mit dem niedrigsten Einkommen, die erfahrungsgemäß am meisten Kartoffeln verbrauchen, am härtesten. Sie sind es, die den Großagrariern Prämien dafür zahlen müssen, daß diese das Volk nicht gerade verhungern lassen.

In diesem Zusammenhang muß ein Vorschlag gewürdigt werden, der in der Königlich Volkzeitung gemacht wird. Dort werden Bedenken gegen die geplante Schweineabschlachtung erhoben, und versichert, daß man den Schweinebestand recht gut werde durchhalten können. Dabei wird angedeutet, daß man dazu Kartoffeln verwenden können, da die Anpflanzungen von Kartoffeln durch kleine Leute die Lücke ausfüllen würden. Dagegen muß Einspruch erhoben werden. Zunächst muß die Versorgung der Bevölkerung mit einer völlig ausreichenden Kartoffelration, das heißt mindestens 10 Pfund pro Kopf und Woche, für die ganze Dauer des Wirtschaftsjahres gesichert werden, ehe ins Blaue hinein Kartoffeln an Schweine verfüttert werden. Ob es vielleicht möglich wäre, den Schweinebestand mit Munkelrüben- und Kohlrübensfutter durchzuführen, ist eine Sache für sich. Daß Kohlrüben Schweinefrak sind, weiß jeder zur Genüge. Es darf nicht so kommen, daß ihn wieder die Menschen essen, und die Schweine Kartoffeln.

In Amerika macht sich eine lebhaftige Streikbewegung geltend. In New York streiken 4000 Dacharbeiter, die einen Zuweg von 50 000 Streikenden erwarten. In der Pazifischen Rille traten nach einer Meldung der Central News vom Montag, 25 000 Werkarbeiter in den Ausstand. 15 000 Hundert der streikenden Arbeiter wurden beim Bau von Kriegsschiffen verwendet. Die Ausständigen verlangen eine 50prozentige Lohnerhöhung. Wie verlautet, kam es zu Aufrührereien. Das Schiffbauprogramm der Regierung ist dadurch gefährdet. In San Francisco finden Besprechungen zwischen Regierung, Werkverretern und Arbeitervertretern statt.

In Argentinien nimmt die Ausstandsbewegung auf der argentinischen Bahn jetzt den größten Umfang an. Die Erambahn-Gesellschaft von Rosario mußte infolge von Sabotage den Betrieb einstellen. Die Gesellschaft ist bereit, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Das Parlament wünscht aber der Regierung das Recht zur Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen zu übertragen.

Die italienische Regierung hat beschlossen, jeden künftigen Versuch von Kriegs-Sabotage energisch zu unterdrücken, und ist bereits mit Gewaltmaßnahmen vorgegangen. In Turin, Mailand und Florenz haben mehrere hundert politische Verhaftungen stattgefunden. Die nationalistische Presse wütet gegen die Friedensfreunde. Die Vorgänge in Turin haben sie alarmiert. „Der Geist der Revolte geht durchs Land!“ ruft Ileana Nazionale. Die Gewaltmaßnahmen der Regierung werden die innere Bewegung in Italien nicht niederhalten können. Nach Meldungen über Bern fanden in Rom Versammlungen aller römischen Sektionen der Arbeiterkammer sowie auch Vollstimmungen der sozialistischen Partei statt. Die zur Teilnahme einladenden Aufrufe sprechen von hochwichtigen Mitteilungen an die Jugendorganisation, sowie von Fragen außergewöhnlicher Wichtigkeit, die zur Verhandlung gelangen sollen. Auch die Anarchisten versammelten sich in Rom. Die innere Lage Italiens ist außergewöhnlich gespannt. In dieser Situation hat die Regierung eine neue Offensive am Monte San Gabriele vorbereitet. Soll das eine Offensive gegen den „inneren Feind“ sein?

Die Affäre der Lugsburg-Telegramme hat in Schweden die Stellung der Regierung erschüttert. Bezeichnend für die Stimmung ist es, daß die deutsche Entschuldigung in Schweden eine schlechte Presse gefunden hat. Am Mittwoch hat der deutsche Gesandte die Entschuldigung gegenüber dem Minister des Äußeren ausgesprochen. Dazu schreibt Stockholms Dagblad: Die Entschuldigung des deutschen Gesandten weist vom Thema ab und

muß als dürftig und nicht befriedigend bezeichnet werden. Die deutsche Entschuldigung deutet nicht an, daß die schwedischen Schwierigkeiten durch die mißbräuchlichen Handlungen Lugsburgs veranlaßt wurden. Die deutschen offiziellen Kreise haben scheinbar nicht begriffen, wie tief die schwedische Erbitterung über die deutschen Verträge ist. Socialdemokraten meinen, man suche vergeblich im deutschen Kommuniqué etwas Beteiligendes für die grobe Verletzung des blinden schwedischen Vertrauens. — Die schwedische Regierung hat die schwedische Gesandtschaft in Konstantinopel angewiesen, keinerlei Chiffretelegramme mehr Amerika zu übermitteln. Da noch nicht festgestellt, ob die Wahlen eine Mehrheit für die Regierung ergeben, ist die nordische Winterversammlung, die Ende September in Kopenhagen stattfinden sollte, verschoben worden.

### Der Krieg zur See.

#### Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 19. Sept. Amtlich. (W. T. B.) 1. Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean und in der Nordsee: Vier Dampfer, ein Segler und ein Fischereifahrzeug, darunter der bewaffnete englische Dampfer Andon Hall mit 6400 T. Weizen für die englische Regierung, von Montreal nach Gaimouth, der nach zweifelhafte Artilleriegeschicht niedergebracht wurde; zwei tiefseelebende Dampfer, einer davon englischer Nationalität, der andere, dem Russen nach französischer Dampfer Afrique, ferner französischer Dreimastschoner Sidi Carnot, mit belgischen nach Tecom, sowie das französische Fischereifahrzeug Reducard.

2. Ein unser Unterseeboot hat am 17. September in den Hoopden das französische Flugzeug D 40 vernichtet und die drei Insassen, zwei Offiziere und einen Mechaniker, gefangen genommen. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

#### Ein englischer Luftangriff.

London, 18. September. (Reuter-Meldung.) Die Admiraltät teilt mit, daß Marineflugzeuge am 18. September zwischen Ostende und Blankenberge einen Angriff auf feindliche Schiffe unternahmen. Ein großer Torpedojäger wurde mittschiffs getroffen, ein wahrscheinlich aber zwei Fischdampfer wurden versenkt. (Wie das Wolffsche Bureau von zuständiger Stelle erfährt, handelt es sich um den englischen Angriff auf eine sämtliche Fischereiflotte vor Ostende. Keines unserer Torpedoboote war in der Nähe, es ist daher auch kein getroffen worden. Alle Fischboote und der sie schützende Dampfer sind, wie bereits unter dem 17. September bekanntgegeben, unbeschädigt eingelaufen.)

### Vom westlichen Kriegsschauplatz.

#### Neue englische Angriffsabsichten in Flandern.

Wolffs Bureau teilt mit: Nach der Erörterung der in den Anhängen der Entente ist der Kampf an allen Fronten wieder aufgelaufen. In Flandern entspannen die Engländer neuerdings reger Tätigkeit. Außer dem starken Trommelfeuer mit gewaltigen Munitionseinsatz, das an den verschiedenen Stellen schlagartig eingesetzt, beugen auch Truppenbewegungen auf neue englische Angriffsabsichten hin. Bestimmte Operationen wurden mehrfach das Aufstellen der englischen Trichter erlaubt. Am Bliesener See und bei Pilleum wurden marschierende Kolonnen beobachtet und unter wirksamster Feuer genommen. Die englischen Infanterie- und Artillerieeinheiten tritten beträchtlich unter der Abwehrwirkung der deutschen Artillerie. Zahlreiche starke Explosionen konnten festgestellt werden. Am Aisne war die Feuerartillerie besonders der Artillerie gefeiert. Nördlich des La-Balle-Kanals gelang es den Deutschen, nach Sprengen einer Mine deren Trichter zu besetzen. Bei St. Quentin kam es nur zu Patrouillengefechten. Die Ruine der Kathedrale von St. Quentin erhielt mehrere Treffer.

In der Aisne-Front war die Artillerietätigkeit stark gesteigert. Nördlich Rheims drangen deutsche Sturptruppen südlich Courcy bis in den zweiten französischen Graben vor, stießen den Franzosen erhebliche Verluste zu und kehrten mit einer Anzahl Gefangenen zurück. Aus dem östlichen Maaduser versuchten die Franzosen einen neuen Angriff. 4 Uhr 20 nachmittags brachen sie nach kurzer heftiger Feuerbereitung in 8 Kilometer Breite vom Nordhang der Höhe 844 bis zur Straße Beaumont-Bacherauville zum Angriff vor. Den ersten Angriffswellen folgten tiefschichtende massierte Reserven. Das deutsche Abwehrfeuer setzte unmittelbar, nachdem die ersten Franzosen ihren Graben verlassen hatten, mit einem vernichtenden Eisenhagel ein. Die vordersten Sturmwellen kamen nicht einmal bis an das deutsche Hindernis, sie kehrten um und stürzten, wurden aber von der Wucht der nachrückenden Reserven wieder vorgezogen. Infolge ihrer Mäherung hatten diese im deutschen Maschinengewehrfeuer furchtbare Verluste. Nur ein geringer Teil gelangte bis an die deutschen Gräben, wo er niedergemacht oder gefangen genommen wurde. Die übrigen wandten sich jetzt allgemein zur Flucht. Verzweifelt mühten sich die überlebenden Sturmtruppen, die stellen Pänge, die sie herabgestürzt waren, wieder zu erklimmen. Unter den regellos zurückstühenden dichten Massen schlug das deutsche Vernichtungsfeuer verheerend ein. Der Nordhang der Höhe 844 liegt voll toter Franzosen. Die Artillerietätigkeit war beiderseits außerordentlich reger. Deutsche Geschwader belegten Bahnhöfe und Truppenunterkünfte in der Nacht vom 18. zum 19. September ausgiebig mit Bomben. In Aisneville entstand ein Brand, der lange Zeit anhält. In Mercourt wurde ein Munitionslager in die Luft gesprengt.

### Vom östlichen Kriegsschauplatz.

#### Wiederankleben der Kampftätigkeit.

Wolffs Bureau teilt mit: Auch im Osten ist die Kampftätigkeit aufgelebt. In der Nisafont versuchten die Russen mehrere vergebliche Teilaufgänge in Stärke von einigen Kompanien. In der Moldau hat ein neuer russoromanischer Angriff eingesetzt. Starke Heiser am Morgen des 18. Sept. vom Ditoz bis zum Cassinatal folgten eine Anzahl schwächlicher erfolgloser Teilaufgänge nördlich der Glasfabrik. Am Nachmittag legten dann nach neuer starker Artillerievorbereitung von der Glasfabrik bis zur Ditozstraße heftige, tiefgelegte Angriffe ein. An der Glasfabrik wurden sie restlos abgewiesen. Südlich von Grogoci wurde ein rumänischer Anfangserfolg durch Gegenstoß wieder völlig ausgeglichen. Bei Barmita wiederholten die Rumänen die Angriffe des Vortages wiederum ohne jeden Erfolg. Ebenso nordwestlich von Muncelul, wo die Rumänen einen überraschenden Teilerfolg versuchten, im Abwehrfeuer der Verbündeten restlos zusammenbrach.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Amerikanische Ausfuhrverbote. Um die notwendigen Vorräte sicherzustellen, hat der Verwaltungsrat für die Ausfuhr eine lange Liste der Waren bekanntgegeben, deren Ausfuhr vollständig verboten ist, wozu der Verkauf nicht unmittelbaren Kriegszwecken dient. Die Liste führt auf: Weizen, Mehl, Zucker, Butter, Baumwolle, Eisen und Stahl aller Art, viele Chemikalien und einige andre Artikel.

Dacharbeiterstreik in Newyork. Central News meldet: 4000 Dacharbeiter von englischen, französischen und holländischen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung nach Entlassung eines unbeliebten Aufsehers

nicht bewilligt wurde. Die Arbeiter erklären, daß sich über 50 000 Kollegen dem Ausstand anschließen werden.

Neues Material Lanfings gegen Schweden? Die Times melden aus Washington, das Staatssekretariat besitze noch andre Schriftstücke, die Schweden ebenso beschlagnahmt werden, wie die schon veröffentlichten. Stockholms Tidningen schreibt hierzu: Man muß die Vereinigten Staaten bitten, sich nicht von erheucheltem Feingefühl verhindern zu lassen, alles vorzulegen, anstatt die Stimmung durch Anklagen zu erhitzen, denen man nicht entgegenzutreten kann.

Kriegskredite in Amerika. Der Gesetzentwurf, der die Verwendung von 7000 Millionen Dollar für die Armee, für Befestigungen und den Schiffbau vorzieht, ist im Repräsentantenhaus einstimmig angenommen worden.

Die italienische Grenze wieder geöffnet. Die italienische Grenze ist heute morgen wieder geöffnet worden.

### Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Sept. Amtlich. (W. T. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern dauerte die starke Artilleriekämpfe tagsüber zwischen Douhaouster Wald und Thes unvermindert an. Feuerkräfte größter Stütze lagen wechselnd auf einzelnen Abschnitten unserer Abwehrzone. Die Nacht unterbrach die gesteigerte Kampftätigkeit der Artillerieeinheiten nicht.

Gewaltigem Trommelfeuer am frühen Morgen folgten bis Hellwerden nach den bisherigen Meldungen starke englische Angriffe auf breiter Front.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Vor Verdun griffen die Franzosen gestern morgen und abend bei der Höhe 844 östlich von Camogne an, wo sie sich tags zuvor schon eine blutige Schlappe geholt hatten, wiederum ohne jeden Erfolg an.

20 feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen; Vizefeldwebel Thom brachte auch gestern zwei Gegner im Luftkampf zum Abflug.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

##### Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern

Bei Linahurg, am Eschod, bei Brod und Larnopol war die Artillerietätigkeit lebhaft.

##### Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

An der Bukowina griffen die Russen westlich von Kborza an; sie wurden durch unser Abwehrfeuer in ihre Gräben zurückgetrieben, aus denen Maschinengewehrfeuer sie erneut voranzutreiben suchte.

##### Mazedonische Front.

Nur im Cerina-Bogen lebhaftes Geschichtigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 19. September. Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits des Dniestres haben wir starke rumänische Angriffe abgeschlagen. Durch raschen Gegenstoß wurde der an einer Stelle eingedrungen Feind völlig geworfen; seine Verluste sind erheblich.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls Freiserrn v. Conrad führte der zur Wiedergewinnung eines nordübergang dem Feind vorkommen Frontstück bei Carcano eingeleitete Gegenangriff zu vollem Erfolg. An Gefangenen wurden hier 8 Offiziere und über 300 Mann eingebracht.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

### Aus der Partei.

Den Anstoß an die Unabhängige Sozialdemokratie beschloß am Sonnabend der Ortsverein Wulsdorf an der Unterweser. Der Ortsverein gehört zum 10. hannoverschen Reichstagswahlkreis, er hatte laut Bericht über das Geschäftsjahr 1913/14 über 400 Mitglieder, die eine rege Parteilichkeit entfalteten. Der Krieg hat auch diese Mitgliederzahl stark herabgemindert; sind doch allein über 30 Genossen aus Wulsdorf gefallen. Der Rest von Genossinnen und Genossen — es handelt sich dem Gewerbe nach wesentlich um Korbmacher — hatte mehr und mehr die Lust an der Parteiarbeit verloren, weil die Politik der Regierungsozialisten sie anwiderte. Mühsam mancher Art, besonders aber das Fehlen von Wortführern, hatten es bisher verhindert, sich unserer Partei anzuschließen, bis das unüberwindliche Verbot der Sozialpatrioten in den mancherlei Sitzungen der Funktionäre aus den Unterweserorten Bremerhaven, Geestmünde, Lehe und Wulsdorf dem Hass der Geduld endlich doch den Boden ausschlug. Obwohl der Vorsitzende des Kreisvorstands — ein Gewerkschaftsbeamter — alle seine Beschwörungskünste spielen ließ, um die Mitglieder von dem „verhängnisvollen Schritt“ abzuhalten, wurde doch einstimmig nach Zusätzungen des Genossen Henke-Bremen der Rücktritt zur U. S. D. beschlossen. Da die Wulsdorfer Mitgliedschaft einen der stärksten und stets rührigsten Ortsvereine bildete, ist durch seinen Anstoß an die U. S. D. eine klaffende Bresche in die Einheit — von Einigkeit kann schon lange keine Rede mehr sein — der regierungsozialistischen Organisationen an der Unterweser gelegt. Das ist um so gefährlicher für sie, als die meisten der Arbeiter in den genannten Orten mit ihren Herzen bei uns sind. Leider fehlte es bisher an der nötigen Entschlußkraft, auch demgemäß zu handeln. Wir hoffen, daß das Beispiel der Wulsdorfer durch eine nunmehr wieder einsetzende fruchtbare Tätigkeit im Rahmen der neuen Partei die Neigung zur Nachahmung wecken und stärken wird.

Das Parteiorgan der Unterweserorte ist die Norddeutsche Volksstimme. Während eines großen Teils der Kriegszeit oppositionell geleitet, suchten die Regierungsozialisten nach der Einziehung des Redakteurs Genossen Marx einzig die Politik des 4. August in dem Maße zu propagieren. Nicht ohne dabei immer wieder auf den Widerstand der Arbeiter zu stoßen.

### Von Nah und Fern.

#### Ein Forschungsreisender ermordet.

Natavia, 19. Sept. Vier eingegangenen Nachrichten zufolge ist der österreichische Forschungsreisende Seletz im holländischen Teil von Neu-Guinea ermordet worden.

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

H. v. Lehmann in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß durch Verfügung vom 17. September 1917 der Frau **Ida Theodore Melanie Hermine Elja verheh. Goltwald** in Leipzig, Neuhäuser Gasse 9, II. der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit chemischen Erzeugnissen auf Grund des § 1 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden ist.

**Anmeldung der Geschäfte für die Verteilung von Wild.**

Das dem Kommunalverband der Stadt Leipzig zuzuwiesende Wild soll an die Verbraucher durch die Lebensmittelversorgungsgesellschaft m. b. H. Leipzig unter Zuzugung des Handels abgegeben werden. Jeder Händler soll entsprechend seinem Umsatz im Jahre 1914 anteilig von den vorhandenen Vorräten beliefert werden.

**Sonnabend, den 22. September 1917** bei der Lebensmittelversorgungsgesellschaft m. b. H., Abteilung Wild, Leipzig, Burgstraße 33, schriftlich einzureichen. Der Besitz einer Ausweisstarke für den Handel mit Wild begründet an sich keinen Anspruch auf Zuteilung von Wild. Maßgebend ist der Umsatz mit Wild im Jahre 1914.

Bei der Anmeldung ist daher gleichzeitig wahrheitsgemäß anzugeben, wie hoch sich im Jahre 1914 der Umsatz an Wild und Wildgeflügel, jedes getrennt, im Kleinhandel belaufen hat. Angaben über den Verkauf kommen nicht in Frage.

Anmeldungen, die die geforderten Angaben nicht enthalten oder nach dem 22. September eingehen, können keine Berücksichtigung finden. Eine Nachprüfung der gemachten Angaben bleibt vorbehalten. Falsche Angaben ziehen den dauernden Ausschluss von der Belieferung mit den zur Verteilung gelangenden Waren nach sich.

Über die Zuteilung erhalten die Händler von der Wildverteilungsstelle besonders Nachricht. Leipzig, am 10. September 1917. Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Ausgabe von Butter oder Schmalz für die Versorgungswoche vom 25. September bis 1. Oktober 1917.**

Auf die an der Landeszeitung 20 befindliche Demarke für den Monat September mit der roten Ziffer 2 und die für die genannte Versorgungswoche geltenden Buttermarken für Militärlieferanten und Besuchsfremde werden je 50 Gramm Butter oder Schmalz und auf die in der genannten Versorgungswoche geltenden Sondermarken die aufgedruckte Menge Butter zugeteilt. Dem Käufer steht kein Wahlrecht zu, ob er Butter oder Schmalz nehmen will. Der Preis der Butter bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 20 Pfg. für 50 Gramm, der Preis für das Schmalz 20 Pfg. für 50 Gramm.

- Bedarfsanmeldung und Markenabgabe durch die Verbraucher beim Kleinhändler bis spätestens **Sonnabend, den 22. September.**
- Bezugsartenentnahme in der Bezugsscheinstelle durch die Kleinhändler nach der bekannten Ordnung **Montag, den 24. September.**
- Bezugsartenabgabe durch die Kleinhändler beim Großhändler und
- Ablieferung der Bezugsarten durch die Großhändler in der Bezugsscheinstelle nach der bekannten Ordnung **Dienstag, den 25. September.**
- Beginn der Butterausgabe an die Verbraucher bei den Kleinhändlern spätestens **Freitag, den 28. September.**
- Letzter Abholungsstag für Verbraucher **Montag, den 1. Oktober.**

Auf die Buttermarken für Militärlieferanten und Besuchsfremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Aufdruck „Besuch“ ist die Butter ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Besuchsfremde zu entnehmen. Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Speisefetten vom 7. Oktober 1916 und die Bekanntmachung über die Einführung des Bestellverfahrens für den Butterbezug vom 7. September 1916 nebst den dazu ergangenen Nachtragsbekanntmachungen vom 5. Oktober und 8. November 1916 finden entsprechende Anwendung. Leipzig, am 10. September 1917. Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Um denjenigen, die nicht in der Lage sind eine selbständige Kriegsanleihezeichnung von wenigstens 100 Mk. zu bewirken, Gelegenheit zur Beteiligung an der jetzigen Kriegsanleihe zu bieten, werden von unserer Sparkasse bis zum 18. Oktober 1917 mittags 1 Uhr

**5% Kriegsanleihe-Anteilscheine zu 5, 10, 20 und 50 Mk.**

verzinslich vom 1. Oktober 1917 an, gegen Barzahlung ausgegeben. Auch die in der Zeit vom 1. bis 18. Oktober 1917 gelassenen Anteilscheine werden vom 1. Oktober 1917 an verzinst. Der Höchstbetrag der an ein und dieselbe Person auszugebenden Anteilscheine ist auf 95 Mk. begrenzt. Der Name wird in die Scheine eingetragen. Die Ausgabe der einzelnen Scheine erfolgt an unseren sämtlichen Kassenstellen einschließlich der Sparkassenabteilungen Leipzig-Schönefeld und Leipzig-Modau, aber ausschließlich der Hauptkasse Otto-Schill-Strasse 4. Innungen, Fabrikbetriebe, Schulen, Geschäfte, Verbände, Vereine und dergleichen können ganze Hefte (zu je 20 Blatt) an unserer Hauptkasse, Otto-Schill-Str. 4, gegen Vorauszahlung zur eigenen Ausfüllung der einzelnen Scheine entnehmen. Die Umschläge der Hefte nebst den darin verbliebenen Abchnitten sind bis spätestens den 5. November 1917 an die Hauptkasse zurückzugeben.

Der Anteilscheinerlös wird von der Sparkasse in Kriegsanleihe angelegt. Fröhlichst 2 Jahre nach Kriegsende können die Anteilscheinebesitzer gegen Rückgabe der Scheine deren Einlösung zum Kurswert verlangen. Vom gleichen Zeitpunkt ab und nach erfolgter öffentlicher Aufkündigung ist auch die Sparkasse in gleicher Weise zur Einlösung der Anteilscheine berechtigt. Leipzig, den 18. September 1917. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Kartoffelausgabe.**

Für die drei Versorgungswochen vom 9. bis 15. Oktober, vom 16. bis 22. Oktober und vom 23. bis 29. Oktober werden auf die Kartoffelmarken L3/L3, L4/L4 und L5/L5 je 7 Pfund, mithin insgesamt 21 Pfund Kartoffeln ausgegeben.

Die Verbraucher haben ihren Bedarf an Kartoffeln für diese drei Wochen unter Abgabe der Kartoffelmarken L3/L3, L4/L4 und L5/L5 bis **Sonnabend, den 22. September**, bei ihrem Kleinhändler anzumelden.

Die Kleinhändler haben die Kartoffelmarken von Montag, dem 24. September, an unter Einhaltung der für die Markenablieferung geltenden Vorschriften bei der Bezugsscheinstelle abzuliefern.

Im übrigen finden die Bekanntmachungen des Rates über die Einführung des Bestellverfahrens für den Kartoffelbezug vom 10. Oktober 1916 und über den Verkehr mit Speisefertkartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1916 Anwendung. Kr.-E.-A. IV. Leipzig, den 19. September 1917. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Ortsverein L.-Kleinzschocher Mitglieder-Versammlung**

**Freitag, den 21. September, abends 1/9 Uhr in der Terrasse.** Tagesordnung: Parteilangelegenheiten. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

**Düngekalk für Gartenbesitzer und Feldpächter.**

Durch günstigen Abschluss kommen in Kürze 4000 Ztr. Düngekalk an Laubecke 1, Zahnstraße, u. Industriefeld, Verlängerung Antonienstraße, zum Verkauf. Preis ab Lot 2.30 Mk. pro Zentner. Bestellungen nehmen entgegen **Rudolf Müller**, Weichenseiler Straße 30 (Baden), **Hans Priemer**, Gartenverein Sommerheim, sowie in den durch Plakate ersichtlichen Annahmestellen.

**Arbeitsmarkt**

**Montagearbeiter** für Eisenkonstruktionen, Hilfsmonteurs und Kolonnenführer gesucht. **Strauss & Casiraghi**, Rüstschiffhafen.

**Schlosser**

mit Vorrichtungen von Werkzeugen bewandert für sofort gesucht. **Walterwerke, Maschinenfabrik m. b. H.** L.-Plagwitz, Markranstädter Str. 29 b

**Waschmeister (oder Heizer)**

per sofort oder 1. Oktober gesucht. Angebote mit Gehaltsanfrage, Militärverhältnis an **Paul Koppe & Sohn, Taucha** Bahnhofstraße 19.

**Packerinnen**

für Post- und Bahnversand in dauernde Beschäftigung. **Zentrale für Spiritus-Apparate G. m. b. H.** Leipzig, Universitätsstraße 16.

**Junge Mädchen**

15-16 Jahre alt, für leichte Arbeit, suchen **Hugo Aurig G. m. b. H.** Oststraße 40-42.

Graveur für Schrift- und Goldbr. u. Graveur-Schlosser gef., auch Kriegsbeschädigter. **Hugo Horn**, Kohlgartenstr. 24.

**Dreher Einrichter Werkzeugschlosser** sucht **Fritz Pause** Stötteritz Wasserturmstraße 7.

**Arbeiterinnen** werden dauernd beschäftigt. **Perlmutter** L.-Lindenau, Vuroanenstr. 14

**Vermietungen** Zentrum. Windmühlenstr. 32, Haus C, III. L., leere Stube m. Kochofen u. Ka. sof. od. 1. Okt. zu verm. **Eßben.** Connew, Vornaische Str. 2, p., II. Wohnung f. 200 Zfr. zu verm.

**Stötteritz** Colmstr. 11, p., Logis, Stube, 2 Ka., Kl. u. Zub., gebrauchsb. Gasanlage, sof. o. sp. f. 320 Mk. Näh. Zweinaundorf, S. 30, I. r.

**Norden.** Müd., Wolffstr. 17, II. Wohn. a. einz. Verle. sof. od. sp. au. um.

**Gut getrocknete Apfelschalen Birnenschalen** jede Sorte getrennt zum Preise von 1 Mark pro Kilo

Kauft jedes Quantum **Max Stamm, Dresden** Angebote und Lieferungen erbeten an die Sammelstellen für Leipzig und Umgegend: **Wibin Wirth, Leipzig** Scharnhorststraße 41 **Kaiser-Mühle, G. m. b. H.** Lindenau, Kaiserstr. 62/64 **Wibin Reichel, Leipzig** Gerberstraße 13 oder die durch Plakate kenntlichen Nahrungsmittelgeschäfte.

Wer liefert für Zigarren-geschäft 1. Arbeiterlohn (Jah. alter Genosse) wöchentlich ca. 500 Stück Zigarren gegen sofortige Bezahlung. Angebote unter Z. 20 an die Exped. d. Bl.

**Familien-Nachrichten**

Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser herzenguter unvergesslicher Sohn und lieber Neffe **Walter Gerhard Zacharias** im zarten Alter von 6 Jahren 10 Monaten nach kurzem aber schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen ist. In unsagbarem Schmerz u. Kleinmütigkeit, Schönauer Weg 28 **Walter Zacharias u. Frau u. sein. lieben Tanten.** Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Durch treue Kameradschaft erhielt ich heute die unsehnbare Nachricht, daß mein über alles geliebter Mann, der treusorgende Vater meines Kindes, unser liebevoller Sohn, Schwiegerohn und lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Siedruder **Hermann Eils** Soldat im Inf.-Reg. 107 an einem in zweijähriger französischer Gefangenschaft zugezogenen schwierigen Magenleiden am 23. August, kurz vor seiner Auslieferung, verstorben ist. Sein sehnlichster Wunsch nach seinem lieben Elternhause und seiner lieben Familie, die er doch beide sehr liebte, blieb unerfüllt. In großem Schmerz **Holzhausen, den 20. September 1917.** Frau Martha verw. Eils und Kind, Eltern, Geschwister und allen Anverwandten.

Gestern abend verschied nach langem schwerem Leiden unsere herzengute und unvergessliche Tochter, Schwester und Tante **Olga Feiler** im 27. Jahr. Sie war unser Sonnenschein. Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz mitfühlen. Leipzig-Schleussig, den 20. September 1917 Könnertstrasse 65. **Hermann Feiler. Anna Feiler geb. Bahr. Artur Feiler, zur Zeit im Felde. Kurt Weber, zur Zeit im Felde.** Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. September, nachmittags 1/2 Uhr, von der Kapelle Kleinzschocher aus statt.

**Sozialdem. Verein für den 12. Wahlkreis.**

**Nachruf** für im Felde gefallene Genossen

<b>Salzmann, Max</b> Ratsarbeiter, Braustraße 24	<b>Hoffmann, Aug.</b> Maurer, Arndtstraße 20
<b>Hundeshagen, A.</b> Notenstecher, Liebigstraße 9	<b>Grosse, Hermann</b> Schlosser, Tauchaer Straße 3
<b>Meyer, Franz</b> Schlosser, Schletterstraße 9 (105)	

Hier gestorbene Genossen

<b>Holz, Johann</b> Schneider, Weststraße 4	<b>Schuhknecht, Emil</b> Packer, Dürrienstraße 4
<b>Friessner, Otto</b> Steinmetz, Promenadenstraße 24	<b>Beger, Robert</b> Zimmerer, Südstraße 49

**Ehre ihrem Andenken!** Der Vorstand.

An den Folgen einer Kopfverwundung verstarb vor einigen Tagen im Westen der langjährige Braumeister und spätere Pächter meiner Zweig-Brauerei in Leipzig-Kleinzschocher

**Herr Kurt Weise**

**Oberleutnant und Kompagnieführer in einem Inf.-Regt. Inhaber des Eisernen Kreuzes.**

Ich verliere in ihm einen ausgezeichneten Mitarbeiter und Freund und werde ihm ein treues Gedenken bewahren.

Er war ein vortrefflicher Mensch, hochgeschätzt von allen, die ihn kannten.

**Halle a. S. Hermann Freyberg Brauereibesitzer.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. September.

Geschichtskalender. 20. September 1825: Der Historienmaler Hermann Wislizenus in Eisenach geboren († 1899). 1883: Der Sprach- und Altertumsforscher Jakob Grimm in Berlin gestorben (\* 1785). 1870: Einnahme Roms durch die italienische Armee: Ende des Kirchenstaates; der niederdeutsche Dichter John Brinckman in Wiltrow gestorben (\* 1814); Johann Jacoby und Herbig nach Rügen transportiert. 1898: Der Dichter Theodor Fontane in Berlin gestorben (\* 1819). 1906: Der Schriftsteller und Sozialist, Redakteur Hans Nikolaus Kraus in Berlin gestorben. 1910: Der Schauspieler Joseph Kainig in Wien gestorben (\* 1858).

Sonnenaufgang: 5,48, Sonnenuntergang: 6,2.
Mondaufgang: 10,25 vorm., Monduntergang: 6,58 nachm.

Die Lebensmittelpreise.

Ueber die Preise der wichtigsten Lebensmittel hat der Konsumverein Leipzig-Plagwitz folgende Zahlen zusammengestellt:

Table with 3 columns: Waren, Im 3. Kriegsjahr, Vor dem Kriege. Lists various goods like Marmelade, Mehl, Butter, etc. with their prices in different units.

Diese Zusammenstellung, die auf völlige Richtigkeit keinen Anspruch macht, da verschiedene Nahrungsmittel in letzter Zeit abermals stark im Preise gestiegen sind, zeigt mit unheimlicher Deutlichkeit, wie hoch die Teuerung schon gestiegen ist. So sind Preissteigerungen, und zwar bei den wichtigsten Nahrungsmitteln, von 200 bis 400 Prozent und darüber keine Seltenheit. Marmelade I, die vor dem Kriege 45 Pfg. das Pfund kostete, hat z. B. im 3. Kriegsjahre eine Höhe von 1,40 Mk. erreicht, also eine Steigerung von über 200 Prozent, und ist für diesen Preis heute nicht mehr zu erhalten. Die für den Haushalt so wichtigen Zwiebeln bezahlte man früher mit 6 Pfg., jetzt mit 20-30 Pfg. das Pfund (das sind mehr 200-400 Prozent). Für das wichtigste Volksnahrungsmittel, den Hering, der fast vollständig von der Bildfläche verschwunden ist, muß man jetzt einen Preis anfragen, der den der Friedenszeit um 400 Prozent übersteigt. Der Münchener Hering kostete im Vorjahre 90 gegenüber 15 Pfg. vor dem Kriege (Steigerung = 500 Prozent); ländliche Milch, die bei der herrschenden Milchnot der Hausfrau gute Dienste leistet, ist gegen früher um 105 Prozent gestiegen. Bei Eiern übertrifft der vorjährige Preis von 82 Pfg. den Friedenspreis (7 Pfg.) um über 350 Prozent; jetzt kosten sie sogar 40 Pfg., das sind über 450 Prozent; Schweinefleisch, für die arme Bevölkerung jetzt nur eine Erinnerung, früher der beste, reinste und billigste Ersatz für Butter, brachte es im Vorjahre auf eine Steigerung von 300 Prozent gegen die Zeit vor dem Kriege. Zum Schluß sei noch die den Grundstoff der Volksernährung bildende Kartoffel erwähnt, von deren Ernte das Wohl und Wehe des Volkes abhängig ist, auch sie ist, obwohl Deutschland das Kartoffelland der Welt in der Friedenszeit genannt wurde, um 200 Prozent gestiegen. Und bis vor kurzem noch dürfte das Volk für Kartoffeln sogar noch 100 Prozent mehr anlegen; denn erst jüngst fiel der Preis von 18 auf 10 Pfg. für das Pfund.

Auch die von der städtischen Marktgallenverwaltung herausgegebenen Wochenberichte bilden einen Gradmesser für die Steigerung der Lebensmittelpreise während der Kriegszeit. Der nachstehenden Zusammenstellung liegen die Preise des Kleinhandels zu Kriegsanfang und 1917, und zwar aus den ersten Augustwochen, zugrunde:

Table titled 'Preise' with columns for item name, unit, and price. Lists items like Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, etc.

Hiernach beträgt also die Preissteigerung von 1914 bis 1917 fast 200 Prozent, das heißt, man muß heute im allgemeinen das Dreifache des Betrages für eine Ware anlegen gegenüber dem des

Jahres 1914. Viel schlimmer aber sieht es beim Gemüse aus, denn hier sind Steigerungen bis zu 900 Prozent (grüne Bohnen), Kohlrabi und Möhren (500 Prozent) zu verzeichnen. Ein Vergleich dieser Steigerung der Lebensmittelpreise mit den völlig unzureichenden Löhnen der Arbeiter zeigt, wie schwer die Arbeiterschaft unter der Teuerung zu leiden hat.

Die Leipziger Nationalliberalen und die Oberbürgermeisterwahl.

Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung hat an den Rat der Stadt Leipzig nachstehendes Schreiben gerichtet:
Der Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Dietrich Scheidel mit dem Ende des Jahres von seinem Posten. Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung hat sich in seiner Sitzung vom Dienstag, dem 18. September, mit der Neuwahl eines Leipziger Oberbürgermeisters beschäftigt und richtet gemäß dem dort gefaßten Beschluß die dringende Bitte an den Rat der Stadt Leipzig, daß bei der Neubesetzung der Weg der öffentlichen Ausschreibung betreten und vorher eine der Wichtigkeit des Amtes entsprechende Regelung der Gehaltsfrage vorgenommen wird. Dem Posten des Oberhauptes einer Stadt von der geistigen und wirtschaftlichen Höhe Leipzigs wohnt schon an sich eine große Bedeutung inne. Unserm Gemeinwesen wird nach dem Kriege, bereits in der Uebergangszeit, auf den verschiedensten Gebieten eine Fülle von schwerwiegenden Aufgaben gestellt, die vielfach auf neue Pläne weisen werden. Angesichts dieser Umstände halten wir es für unbedingt erforderlich, daß die Körperschaften, denen die Entscheidung bei der Neubesetzung obliegt, in die Lage versetzt werden, die Wahl, die ja immer in ihrer pflichtgemäßen Erwessenheit gestellt bleibt, auf Grund einer möglichst großen Liste von Bewerbern vornehmen zu können. Denn so kann dem Wort: „Dem Tüchtigsten freie Bahn“ die beste Erfüllung werden.

Advertisement for a public assembly: 'Heute abend 8 Uhr findet im Zoologischen Garten die öffentliche Versammlung statt, die sich gegen das reaktionäre Wahlrecht richtet. Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung!' Includes decorative borders.

Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung glaubt sich bei diesem seinem Wunsche in Uebereinstimmung zu befinden, mit weitesten Kreisen unserer gesamten städtischen Bevölkerung. Der Rat und die Stadtverordneten Leipzigs würden auf freudige Zustimmung bei ihren Wählern und Wählern rechnen dürfen, wenn sie unsrer Bitte Gehör schenken.

Mit dem Wunsche, die Ausnahme aus einer möglichst großen Liste von Bewerbern vornehmen zu können, setzt sich der Nationalliberale Verein in Widerspruch zu seinen Anhängern im Stadtverordnetenkollegium, die bisher stets Wert darauf legten, die Auswahl aus einem möglichst engen Kreis zu treffen, weil angeblich bei der Auswahl aus einem großen Kreis nur Stimmenzerplitterung eintrete und die Gefahr, eine „Niete“ zu ziehen, größer sei. In Wirklichkeit hat die Auswahl aus einem kleinen Kreis die Stadt in den letzten Jahren keineswegs vor „Nieten“ bewahrt, wie z. B. manche „preussische Importeure“ zeigt. Die verlangte Regelung der Gehaltsfrage soll heißen: das Gehalt muß erhöht werden. Mit 25 000 Mk. Jahresgehalt läßt sich nach unsrer Meinung auch jetzt noch ganz gut auskommen. Wenn aber schon einmal die Gehaltsfrage geregelt wird, dann ist es auch unbedingt notwendig, die Nebeneinnahmen, die mit dem Oberbürgermeisterposten verbunden sind und die oft das Mehrfache des Jahresgehalts ergeben, mit in Rechnung zu stellen.

Die Erhöhung des Gaspreises.

Nachdem die Erhöhung des Preises für elektrischen Strom beschlossen worden ist, soll auch der Preis für Gas erhöht werden. Der Rat hat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, nach der beabsichtigt ist, den Einheitspreis für Gas, gleichviel zu welchem Zweck dieses verwendet wird, bei einer Abnahme unter 10 000 Kubikmeter von 18 Pfg. auf 20 Pfg. für 1 Kubikmeter zu erhöhen, den Einheitspreis für gewerbliches Gas bei einem Verbrauch von mindestens 10 000 Kubikmeter von 13,2 Pfg. auf gleichfalls 20 Pfg. zu erhöhen, demnach Rabatte an Großabnehmer nicht mehr zu gewähren und für alle Gasabnehmer durch Mängelmessung, also auch für Leihgasabnehmer, für jeden Monat eine Zuschlaggebühr von 50 Pfg. anstatt bisher 10 Pfg. zu erheben. Im Durchschnitt wird der Preis für Mängelmessungsinhaber 18,5 Pfg. für ein Kubikmeter betragen. Es werden also bei der vorgeschlagenen Erhöhung, so meint der Rat, die kleinen Verbraucher mittelst geschont. Begründet wird die Preissteigerung mit den hohen Kohlenpreisen, mit dem Mehraufwand für Materialpreise und für Arbeiterlöhne. Gegenüber dem Vorjahre sind die Kohlenpreise bis zu 60 Prozent gestiegen, so daß die Stadt voraussichtlich im Jahre 1918 für die Kohlen 2 1/2 Millionen Mark mehr auswenden muß. Neben der Preissteigerung für die Kohle wirkt noch ihre schlechte Beschaffenheit für die Verteuerung des Gaspreises. Der Rat weist schließlich noch darauf hin, daß auch andre Städte bereits die Gaspreise erhöht haben.

In der Erhöhung des Gaspreises kommt auch ein Stück der herrlichen Neuorientierung zum Ausdruck, deren praktisches Ergebnis bekanntlich auch in der Kohlensteuer besteht. Ein Regierungssozialist war es, der den hürgerlichen Parteien im Reichstag bei der Beratung der Steuervorlage zurief: Nicht einen Pfennig dauernder Reichsteuer haben Sie beschlossen! Dafür aber war der Segen an indirekten Steuern, die die arme Bevölkerung verhältnismäßig viel stärker befallen als die reichen Leute, um so größer. Die Folgen dieser Steuerpolitik müssen jetzt, in der Zeit der steigenden Lebensmittelpreise, die Steuerzahler in der Form von teuren Kohlen und Gas tragen.

Lebensmittellisten für Freitag, den 21. September.

Für Haushaltungen. Anmeldung, Butter oder Schmalz — abzugeben die an der Landesleitkarte befindliche Delmarke für den Monat September mit der roten Ziffer 2.
Kartoffeln: Vorletzter Tag — abzugeben Kartoffelmarken L 1/L 1 und L 2/L 2 (zusammen zwölf Pfund für die beiden Wochen vom 25. September bis 8. Oktober) und Sondermarkenmittellisten für 25. September bis 1. Oktober und 2. bis 8. Oktober mit den Nummern 1 und 2 auf der Rückseite (zusammen sechs Pfund).

Kartoffeln: Vorletzter Tag — abzugeben Kartoffelmarken L 3/L 3, L 4/L 4 und L 5/L 5 (zusammen 21 Pfund für die drei Wochen vom 9. bis 29. Oktober).
Quark und Käse: abzugeben 19 und 20 der Landesleitkarte für Magermilch, Quark und Käse.
Die Marke 15 E der Lebensmittelkarte 20, 1 ist wegen späterer Wehlameldung sorgfältig aufzubewahren.
Ausgabe, Butter: Beginn — bestellt mit Landesleitkarte F, Sondermarke für 18. bis 24. September.
Suppen oder Nahrungsmittel: Beginn — bestellt mit 12 E, K, 3 der Lebensmittelkarte 20, 1 und Fleischmarkenstreifen A 1-4.
Margarine für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften: Warenentnahme Kopschlag 9 von 9 bis 4 Uhr auf die gelblichen Fettmarken J 1-4 für die Margarinausweise Nr. 601-1200.
Zufahrtkarten für Kranke: Nr. 1801-1800 der Hausleitkarte, 21. Kartenverteilung: Nr. 1801-2000 der Hausleitkarte.

Für Händler.
Fleisch: bis Mittags 12 Uhr Markenablieferung durch den Fleischer.
Kunsthonig: Warenentnahme durch die Kleinhandler Kopschlag 11/13, vormittags 8 bis 12 Uhr F und G, nachmittags 2 bis 6 Uhr H.
Eier: Bezugscheinentnahme durch die Großhändler.

Zur Quark- und Käseverteilung. Für die Quark- und Käseverteilung des Monats Oktober sind bis Sonnabend, 22. September, die Marken 19 und 20 der Landesleitkarte für Magermilch, Quark und Käse zur Bedarfsmeldung abzugeben. Zur Verteilung gelangen auf beide Marken zusammen zwei Einheitsquarkkäse oder 1/2 Pfund westpreussischer Hartkäse oder 1/2 Pfund Quark. Den laufenden Zufuhren entsprechend werden die Waren wie üblich nach und nach an die Geschäfte abgegeben. Sämtliche Verbraucher werden im Laufe des Monats Oktober befriedigt werden. Der jeweilige Ausgabebetrag ist in den einzelnen Geschäften durch deutlichen Anschlag zur Kenntnis zu bringen.

Erlaubnisbeschlüsse des Rats. Dem Rat steht das Recht zu, solche Beschlüsse, die 100 Mk. nicht übersteigen, ohne Zustimmung der Stadtverordneten zu erlassen. Da sich nun im 3. Kriegsjahre die wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Einwohner der Stadt so stark verschlechtert haben, daß vor allem in bezug auf Steuern der Erlaß von Beträgen über 100 Mk. sich notwendig macht, wenn eine wirkliche Linderung der Not eintreten soll, so erlucht der Rat die Stadtverordneten, ihm die allgemeine Erlaubnisbeschlüsse für Beträge bis zu 500 Mk. einzuräumen.

Die Regelung der Hausbrandversorgung. Der Reichskommissar für Kohlenverteilung gibt folgendes bekannt: Die vielfach bestehende Beunruhigung der Bevölkerung über die Aussichten der Hausbrandlieferung veranlaßt uns zu dem Hinweis, daß seitens des Reichskommissariats für die Kohlenverteilung wie auch aller beteiligten Stellen die Hausbrandversorgung als eine der allerwichtigsten Aufgaben in der gegenwärtigen Kriegslage voll gewürdigt wird. Dementsprechend sind erstmalig für August beträchtliche Kohlenlieferungen für diesen Zweck vor allem andern dringlichen Lieferungen angeordnet worden. Für September ist die Maßnahme wiederholt und die Menge erhöht; dabei ist der Postlag einer Reihe von großen Städten durch Festlegung verstärkter Lieferung besonders Beachtung getragen worden. Diese Zuweisungen machen sich bereits fühlbar und werden ohne Zweifel auch in den kommenden Wochen das Vertrauen der Bevölkerung in die behördliche Regelung der Hausbrandlieferung stärken. — Hoffen wir, daß diese zuverlässige Darstellung nicht nur eine der üblichen Berührungspunkte ist, die Enttäuschung nicht so groß sein.

Neue Bekannmachungen. Die in der heutigen Ausgabe abgedruckten neuen Bekannmachungen betreffen: Fünftprozentige Zinsanteilscheine der städtischen Sparkasse, Anmeldung der Geschäfte für die Verteilung von Milch, Unterlagung des Handels gegen Frau Gottwald und Ausgabe von Butter oder Schmalz.

Knochenverkauf. Freitag, den 21. September, findet auf dem Schlachthof kein Verkauf statt.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 44201 bis 45000.

Freibank I: heute Nr. 768 bis 1235; Freibank II: Nr. 6801 bis 7000 und Nr. 1 bis 210.

Polizeinachrichten.

Gefohlener Zeidenstoff. In der Zeit vom 8. bis 10. September ist aus einem Vorrat auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein mit Nr. 991 bezeichnetes Paket, enthaltend ein Stück schwarz und weiß kleinfleckiger Zeidenstoff abhanden gekommen. Das Paket, das ein Gewicht von 3 Kilogramm hat, kann gestohlen, auch falsch eingeschickt worden sein.

Vorsicht beim Einkauf von Stärke! Von Schlessen aus wird unter dem Namen „Hoffmanns Silberglanzstärke“ Stärke in den Handel gebracht, für die, in Kartons zu 4 Päckchen verpackt, ein Kleinhandelspreis von 2,00-3 Mk. verlangt wird, während der wirkliche Wert nur wenige Pfennige beträgt. Vor dem Einkauf wird gewarnt.

Durchgegangene Pferde. Als am Dienstagmorgen in der Nikolaistraße ein auswärtiger Fleischermeister sein mit zwei Kindern beladenes Gefährt besteigen wollte, kam er infolge eines Fehltritts zu Fall, wodurch die beiden Pferde schnten und nach dem Vorstoß zu durchgingen. Einem Schutzmann gelang es, das eine der Pferde am Zaume zu erfassen und das Gefährt, nachdem es ihn etwa 70 Meter fortgerissen hatte, zum Stehen zu bringen, ehe es Schaden anzurichten vermochte.

Ermittelte Diebstehle. Eine Gesellschaft von Diebstehlen, die sich besonders die Plünderung einer Pölscher Obstplantage zur Aufgabe gemacht hatte, wurde dadurch ermittelt, daß ein Polizeihund einen der fliehenden Diebe festhielt. Es waren drei hiesige Metallarbeiter und ein Arbeiterbürgler.

Deflagrierte Jagensklümpchen. Zwei jagensklümpchen Soldaten, die sich bereits längere Zeit hier umhergetrieben hatten, wurden verhaftet. Beide hatten zahlreiche Diebstähle verübt.

Feuerbericht. Am 10. September nachmittags ist eine Feldschneise in L-Sting an der Weithainer Straße in Flammen aufgegangen und mit ihrem Inhalt, mehreren hundert Zentnern Stroh, vollständig niedergebrannt. Ein mit Dreihölzchen spielender 10-jähriger Schulknabe hat sie in Brand gesteckt. Die städtische Feuerwehr hat die Aufräumarbeiten besorgt. — Ferner wurde am demselben Tage in der Hofmarktstraße in L-Lindenu ein Kellerbrand durch die Feuerwehr gelöscht.

Gefohlener Kirchenleuchter. Am 2. September ist aus einer Nürnberger Kirche ein 78 Zentimeter hoher Bronzelenchter im Hofhofst, eine Frauenfigur darstellend, mit der Jahreszahl 1768 und den Monogrammen T. C. D., S. C. J., G. D. R. und J. N. gestohlen worden. Der Leuchter hat einen hohen Altertumswert.

Diebstahl. Vom Freitagabends, Stand 27-16, ist in dem letzten acht Tagen ein araber, blaugelblicher, leerer Kollwagen mit der Firmenbezeichnung Adolf Reiche, Wagen Nr. 2, im Wert von 1000 Mk. gestohlen worden.

# Aus der Reichshauptstadt.

Zur Ersparnis von Heizungs- und Heizmaterial schreibt und der Zentralverband der Handlungsgeschäfte, daß im Interesse der Berliner Bevölkerung eine weitere Einschränkung des Verkehrs bekämpft werden müsse. Nichtiger sei es, den abendlichen Ladenschluss für alle Geschäfte, die noch bis 8 Uhr öffnen, künftig wenigstens auf 7 Uhr festzusetzen. Die Forderungen und der Verein Berliner Kleinwarenhändler haben sich in demselben Sinne ausgesprochen. Die Bevölkerung werde sich damit ebenso abfinden, wie im vorigen Winter in andern Gegenden des Reiches der allgemeine 7-Uhr-Ladenschluss auch durchgeführt worden ist. Eine Verkehrsbeschränkung werde die Bevölkerung viel schwerer treffen. Notwendig sei es auch, daß der Magistrat seine Verordnung über das Öffnen der Brotläden an Montagen um 5 Uhr zurückzieht. Wenn es zur Zeit der verkürzten Brotzeit möglich war, ohne ein so frühes Öffnen an Montagen auszukommen, dann müsse es auch jetzt gehen.

**Sparpläne für die sieben Kriegsjahre.** Die Stadt Berlin hat in Rücksicht genommen, für ihre Sparkasse 80 Millionen Mark auf die 7 Kriegsjahre zu rechnen. Damit sind von der Stadtgemeinde Berlin insgesamt mehr als 300 Millionen Mark auf die Kriegsjahre angesetzt worden.

**Meißeverkauf und Kohlenersparnis.** Der Berlin-Wilmersdorfer Magistrat hat angeordnet, daß vom 1. Oktober an mit Rücksicht auf die Einschränkung des Kohlen- und Gasverbrauchs bis auf weiteres der Meißeverkauf nur von Dienstag bis Sonnabend, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, stattfindet. An jedem Freitag, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, sind alle Kunden, die am vorhergehenden Dienstag und Mittwoch zu kaufen verhindert waren, an jedem Sonnabend, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, diejenigen Kunden, die am Vormittag dieses Tages und am vorhergehenden Donnerstag und Freitag zu kaufen verhindert waren, zum Meißekauf berechtigt.

Die 10. Kriegsküche in Neukölln ist in der Enser Straße 10/20, Ecke Pfeilstraße 3, in Betrieb genommen worden. Die Ausgabe der Speisen erfolgt auch Sonntags in der Zeit von 11 bis 2 Uhr, und zwar zum Preise von 40 Pfg. für 1 Liter und von 20 Pfg. für 1/2 Liter. Die Speisemarken müssen einen Tag vorher in der Zeit von 11 bis 2 Uhr an der Kasse der Markenausgabestelle, Pfeilstraße 27 (Laden) gelöst werden und hierbei die entsprechenden Abschnitte der Meiß- und Kartoffelkarte abgegeben werden.

**Eine Einbrecherbande verhaftet.** Eine gefährliche Einbrecherbande hat die Neuköllner Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie bestand aus den Arbeitern Raneke, Karl Weidemann, Theodor Tugend und Karl Schreindt. Alle vier sind schon wiederholt mit Zuchthaus bestraft. Zu ihnen gehörten drei Weiber, die ihnen Schärfer- und Hehlerdienste leisteten. Tugend stand schon länger im Verdacht des Geldspindelbruchs. Erst jetzt konnte er mit seinen Helfershelfern gefaßt werden. Die vier Verbrecher drangen in der Nacht zum Dienstag in die Räume der Landesprodukten-Großhandlung von B. Reinecke in der Urbanstraße 100 ein. Als sie dabei waren, einen großen Geldschrank auszubringen, überraschte sie der Wächter des Grundstücks. Dieser sah auf einem Rundgang durch die Räume plötzlich vier Männer hinter einem Türvorhang stehen. Bevor er sie noch zur Rede stellen konnte, stürzten sich alle vier auf ihn und geboten ihm dann, sich auf einen Stuhl zu setzen. Einer der Einbrecher stellte sich nun mit einem scharf geladenen Revolver vor den Wächter hin und drohte ihm, ihn sofort niederzuschießen, wenn er auch nur Miene mache, um Hilfe zu rufen, oder sonst Lärm zu machen. Während so der Wächter in Todesangst dasaß und sich nicht rühren durfte, arbeiteten die andern drei Einbrecher ruhig an dem Geldschrank eine ganze Stunde lang weiter. Sie erlitten dann eine arge Enttäuschung. Während sie in dem Schrank große Summen vermutet hatten, fanden sie nur 120 Mk. Mit diesen in der Tasche entfernten sich zunächst die drei Mann, die das Spindel erbrochen hatten. Der vierte blieb mit vorgehaltenem Revolver noch eine Weile vor dem Wächter stehen und drohte ihm erneut mit Erdschüssen, wenn er ihn etwa folgen sollte. So mußte der Wächter wohl oder übel alle vier laufen lassen. Die Neuköllner Kriminalpolizei vermutete nun, daß Tugend bei dem Einbruch wieder seine Hand im Spiel gehabt habe. Sie überraschte ihn vorgestern in seiner Wohnung und fand bei ihm auch Schreindt. Bei der Durchsuchung der Wohnung entdeckten die Beamten mehrere Geldrollen mit der Firma Reinecke und Briefschaften aus diesem Geschäft. Der Zusammenhang war jetzt klar. Die beiden wurden festgenommen und die Neuköllner Kriminalpolizei verhaftete dann auch noch Raneke und Weidemann. Die vier Einbrecher und ihre drei weiblichen Helfershelfer wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Sächsische Angelegenheiten.

Jährliche Landtage.

Dresden, 19. September.

In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses stand in erster Linie der Antrag Fleißner zur Beratung, der fordert, daß der Landtag alljährlich berufen und einjährige Etatsperioden eingeführt werden sollen. Der Berichterstatter, Abg. Brodau (Sp.), hatte dazu einen Eventualantrag eingebracht, der bei Ablehnung der jährlichen Etatsperioden sich auf die Verweisung jährlicher Landtage beschränkt unter Beibehaltung des zweijährigen Etats. Der Antragsteller wies in der Begründung darauf hin, daß schon aus der Praxis der letzten Jahre sich ergebe, daß mit dem jetzigen Zustand nicht mehr auszukommen ist. Wiederholt mußte der Landtag über die normale Zeit hinaus verlängert werden, oder es machte sich die Berufung außerordentlicher Landtage nötig, um zu außerordentlichen gesetzgeberischen Arbeiten Zeit zu gewinnen. Die Verhältnisse haben sich in Sachsen derart entwickelt, daß die zweijährigen Landtage ganz ungenügend sind und keinen Raum zu größerer Initiative geben. Außer diesen Zweckmäßigkeitsgründen kommen aber noch die wichtigeren politischen in Betracht. Jährliche Etats geben dem Landtag mehr Kontrollrecht gegenüber der Regierung und damit größeren parlamentarischen Einfluß. — Vom Abg. Brodau wurde auf das Petitionsrecht hingewiesen, ein wichtiges Recht der Staatsbürger, das jetzt sehr viel an Bedeutung einbüßt. Er ging auch auf die Gegengründe ein, die die Regierung bei den früheren Beratungen über diese Frage vorgebracht habe, die jedoch nicht stichhaltig seien. Weder die größere finanzielle Belastung noch die Mehrarbeit der Beamten und Abgeordneten könnte von ausschlaggebender Bedeutung sein. Durch Vereinfachung der Geschäfte ließe sich das manchen Unbehagen beseitigen. — Die Konservern stellen sich wie es scheint der Förderung nicht mehr so unbedingt ablehnend gegenüber, wie bisher. Den Ausführungen des Abg. Schmitt war aber zu entnehmen, daß bei ihnen die Gründe, die gegen den Antrag sprechen, noch stärker sind als die Befürwortenden. Er meinte, man könnte vielleicht dann zustimmen, wenn Rateten gegeben werden könnten, daß der Landtag nur auf eine gewisse Zeit verlammt wäre. Seinem Einwand, daß es ja jetzt schon möglich wäre, den Landtag öfter zu berufen, wurde mit Recht entgegengesetzt, daß das eben doch in das Belieben der Regierung gestellt ist, denn das Parlament selbst hat keinen unmittelbaren Einfluß darauf.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist auch in der Frage die Haltung der Nationalliberalen. Wie sie sich entscheiden werden, blieb aber noch unklar. Abg. Zeitner gab zu, daß der Antrag sehr wichtig sei. In den Vordergrund stellte er die einjährige Etatsperiode, ohne die der einjährige Landtag weniger von Belang wäre. Er brachte dann eine Reihe Gründe für diese Forderung vor. Bemerkenswert war auch sein Hinweis auf den Reichshaushalt, der sich jetzt auf Vorgänge beziehe, die bereits vier Jahre zurückliegen, infolgedessen die Übersicht sehr erschwert und die Bedeutung des Reichshaushalts vermindert ist. Zu erwägen sei auch, ob der Beginn der Perioden des Etats nicht vom 1. Januar auf den 1. April zu verlegen ist, um eine rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu ermöglichen. Rechner wollte sich jedoch jetzt noch nicht entscheiden, er trat dafür ein, daß man die Sache erst einmal mit Vertretern der Regierung durchsprechen solle. Bisher habe sich diese ihren absehbaren Standpunkt sehr leicht gemacht, man müsse doch tiefer gehen, um zu rechten Schüssen zu kommen.

Von mehreren Seiten wurde die Beratung mit der Regierung in Rücksicht auf frühere Verhandlungen für zwecklos erklärt. Damit verzögere man die Arbeiten nur unnötigerweise. Die Regierung weigert sich, daß der Antrag vorliegt, sie hat aber keinen Wunsch auf Mitberatung geäußert. — Wichtig waren die Hinweise von Nationalliberaler Seite, daß jetzt oft viel zu sehr „Nichtigkeiten im Plenum breitgetreten“ würden. Dinguagegen ist nur, daß es in der Hauptsache bürgerliche Abgeordnete sind, die dabei in Frage kommen. Es stimmt auch, wenn demgegenüber betont wurde, daß dieser unerwünschte Zustand gerade mit einer Folge der selteneren Tagung des Parlaments ist. Zu beklagen ist die auch vertretene Meinung, daß bei jährlichen Tagungen versucht werden müßte, mit der Hälfte der Zeit der jetzigen Einrichtung auszukommen, denn dann wäre eben dem mit in Betracht kommenden Zeitmangel des gegenwärtigen Zustands nicht abgeholfen. So schematisch läßt sich die Frage überhaupt nicht erledigen. — Recht bemerkenswerte Gründe aus der inneren Verwaltung brachte der Abg. Anders (Natl.) für die einjährige Etatsperiode vor. Seine Angaben waren wesentlich mit bestimmend dafür, daß die Erörterungen verlegt und beschlossen wurde, die Anträge mit Vertretern des Gesamtministeriums zu verhandeln.

Nachdem entspann sich noch eine längere Debatte über die Frage der Immunität der Abgeordneten. Anlaß dazu gaben einige Fälle, in denen der § 84 der Verfassung, der da in Frage kommt, offensichtlich verletzt wurde, indem man gegen Abgeordnete während des Landtags Strafverfahren in Gang brachte, während der Landtag verlagert, nicht geschlossen war. Der § 84 stellt „die völlige Unverletzlichkeit“ der Abgeordneten „während der Dauer des Landtags“ fest. Manche Gerichte und Staatsanwälte scheinen aber zu meinen, daß die Verletzung nicht mehr zur „Dauer“ des Parlamentes gehört. Es wurde auf eine Entscheidung des Reichsgerichtshofes hingewiesen, die eigentlich jeden Zweifel ausschließt, zwar einen Reichstagsfall betrifft, aber auch auf die Bundesstaaten Anwendung finden muß. Die juristische Erörterung ergab, daß ein Abgeordneter gegen Übergriffe der fraglichen Art eigentlich schutzlos ist, denn gegen die Einleitung von Strafverfahren gibt es kein Beschwerderecht. Gerade deshalb aber erscheint eine Bestimmung nötig, die herartige Übergriffe von vornherein unmöglich macht. Von konservativer Seite wurde vorgeschlagen, daß die Immunität des Abgeordneten auf die ganze Dauer des Mandats ausgedehnt werden solle, also auch auf die Zeit, während es nicht ausgeübt wird. Auch dieser Gegenstand soll vor einem Beschluß mit der Regierung besprochen werden.

Schließlich beschäftigte man sich noch mit dem Stand der Ausfuhrarbeiten im allgemeinen. Es wurde dabei von allen Seiten angegeben, daß es unmöglich ist, auch noch in die Einzelheiten der inneren Verwaltungen hineinzusteigen, wenn es überhaupt zu einem Abschluß der Arbeiten kommen soll. Der Stoff ist schier unerschöpflich. Für diese Gebiete solle man noch praxisfähiger Muttern — so wurde von nationalliberaler Seite vorgeschlagen — eine Denkschrift von der Regierung verlangen. Doch wurde das nur nebenher angedeutet. Wahrscheinlich werden nur noch die sozialdemokratischen Anträge zum Wahlrecht in den Gemeinden, Kreis- und Bezirksorganisationen erledigt. Damit wird der Ausschuss seine Arbeiten abschließen, um eine Erledigung im Plenum dieses Landtags zu ermöglichen.

### Die Abstimmung in der Kohlendeputation.

Wie sehr die Deputationsmehrheit bestrebt ist, die Interessen der privaten Bergwerksbesitzer denen des Staats vorzusetzen, zeigt die Abstimmung in der gestrigen Sitzung. So erliefte sie durch Beschluß, dem die Kammer natürlich noch beizutreten hat, die Regierung, daß sie noch vor Verabschiedung des Gesetzes mit den Bergwerksunternehmern in Verhandlungen über die Abgrenzung der Interessengebiete zwischen dem Staat und ihnen eintreten möchte. In der Abstimmung über die §§ 1 bis 21, die das Kohlenabbaurecht des Staates und die Ausnahmen zugunsten der Privatunternehmer sowie das Recht des Staates, sein Kohlenabbaurecht ändern abzutreten, festsetzten, wurden diese Bestimmungen mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Ueber die Förderabgabe wurde das Folgende beschlossen: Die Förderabgabe ist nach dem Gewicht und gegenüber dem Entwurf unter starker Minderung der dort vorgeschlagenen Höhe in der Weise zu erheben, daß von Braunkohle in den nächsten 10 Jahren 1 1/2 Pfg. für die Tonne und, von 20 zu 20 Jahren steigend, je 1 1/2 Pfg. mehr bis zum Höchstbetrage von 6 Pfg., bei Steinkohle in den nächsten 10 Jahren 15 Pfg. für die Tonne und, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt um je 1 Pfg. steigend, bis zum Höchstbetrage von 20 Pfg. gesetzt werden sollen.

### Änderung der Pensionsgesetz.

Die Nationalliberalen haben bei der Zweiten Kammer beantragt, sie solle die Regierung um die abschließende Vorlegung eines Gesetzesentwurfes erlauben, daß die Jahre, während denen der gegenwärtige Krieg dauert, den sächsischen Staatsbeamten bei der Berechnung des gesetzlichen Ruhegehalts doppelt angerechnet werden.

### „Reform“ der Ersten Kammer.

Dem Leipziger Tagblatt wird von seinem Dresdner Berichterstatter gemeldet, die sächsische Regierung habe die Vorarbeiten für eine Vorlage über die Reform der Ersten Kammer beendet und werde diese Vorlage dem nächsten Landtage zugehen lassen.

**Alte Nachrichten aus dem Lande.** Von einem bedauerlichen Unfall ist auf der Schrädelstraße in Plauen der 11 Jahre alte Sohn des in Christlichwies wohnenden, gegenwärtig im Felde stehenden Webers Dertel betroffen worden. Der Junge hatte mit zwei gleichaltrigen Jungen zusammen mit einem Hundchen ähnlichen Gegenstand, den einer seiner Spielgenossen von zu Hause mitgebracht hatte, gespielt und mit einer Kugel hineingebohrt. Dabei ist der Sprengkörper mit einem Knall explodiert und hat dem Unvorsichtigen an der linken Hand drei Finger beschädigt und das rechte Auge schwer verletzt. Außerdem hat er auch Fleischwunden am Unterleib und linken Oberarm erlitten. Die beiden andern Knaben sind mit ganz geringfügigen Hautverletzungen davon gekommen. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo ihm drei Finger abgenommen werden mußten. Die Gefahr auf dem rechten Auge ist verloren. Der Zustand des Knaben ist bedenklich.

## 22. deutscher Ortskrankenhelfertag.

k. Dresden, 17. September.

In der Aussprache über die Vorlage für Gesetzliche Krankenkassen hat Präsident Dr. Kaufmann (Berlin) die Bedeutung der Beratungen hervorgehoben, die der Referent nicht genügend gewürdigt habe. Er

machte mehrere Änderungsvorschläge zu den Zeitfragen des Referenten.

Die Zeitfrage des Referenten wurden dann mit einer geringen Änderung angenommen.

### Dr. Braun-Berlin hielt dank einen Vortrag über die jährliche Behandlung der chronischen Krankheiten.

Seine Darlegungen wurden durch Lichtbilder wirkungsvoll unterstützt. Er sagte, die chronischen Krankheiten seien unter den krankheitsverschuldeten Bevölkerungsteilen weiterverbreitet und legten den Krankenkassen hohe Kosten auf. Daher sollten die Krankenkassen dieser Krankheitsgruppe erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und bei der Krankenpflege besonders erfassen. Nachärztliche Behandlung verhilft bis auf einen geringen Bruchteil die Arbeitsfähigkeit oder verkürze doch ihre Dauer, entlaste dadurch die Krankenkassen und erspare den Kranken erhebliche Leiden und Verdienstaufschüsse. Ueber die

### Änderung der Reichsversicherungsordnung

hielt das erste Referat Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal. Er stellt das Bevölkerungsproblem an der Spitze seiner Erörterungen. Das Ziel der Krankenkassen beim Umbau der R.-V.-O. müsse sein: Auf der einen Seite die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistung der Krankenkassen, auf der andern Seite die Erhöhung der Leistungen selbst. Von diesem Grundsatz aus begründet der Referent eine Reihe Einzeländerungen auf Änderung der R.-V.-O. Bei der Versicherungsspflicht soll die Einkommensgrenze auf 4000 Mk., bei der Versicherungsbeitragsgrenze auf 6000 Mk. ausgedehnt werden. Die gesetzlichen Befreiungen von der Versicherungspflicht und die Beitragsminderungen sind aufzuheben. Die Versicherungspflicht soll auf selbständige Betriebshhaber ausgedehnt werden, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen. Die Wochenhilfe müßte im Anschluß an die Krankenkassen dauernd gewährt werden. Auch die Familienhilfe soll als Regelleistung eingeführt werden. Bezüglich der Organisation der Krankenkassen fordert der Referent, daß es nur allgemeine Ortskrankenkassen und Ortskrankenkassen geben soll, letztere nur bei mindestens 3000 Versicherten. Der Abschnitt „Erfolgskassen“ in der R.-V.-O. sei zu streichen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen müsse besser gewahrt werden. Notwendig wäre eine Verbesserung der Rechte der Krankenkassen, sich zu verlammen und zu vereinen. Die Behörden würden wohl gelernt haben, daß es sich nicht empfiehlt, den Krankenkassen bei Entfaltung ihres Vereinigungsrechts Hürden anzulegen. Wir wollen nicht, daß unsere Forderungen verlagert werden, nein, einzelne Forderungen müssen schon während des Krieges und möglichst bald geschaffen werden. Den Krankenkassen muß gestattet werden, Maßnahmen einzuführen, Leistungen neuer, in der R.-V.-O. nicht erwählter Art zu schaffen. (Zustimmung.)

Rechtsanwalt Dr. Baum führte als zweites Referat aus, die Krankenversicherung müsse milder werden an der Bekämpfung der Schäden, die der Krieg und geschlagen, an der Schaffung eines gesunden Nachwuchses. Die materiellen Leistungen der Kassen müßten besser gestärkt werden. Die Jenseits- und Schranken, die parteipolitischen Mißtrauen den Krankenkassen aufgedrängt haben, müssen fallen. In der Krankenversicherung soll der Geist des Vertrauens vom 4. Aug. 1914 einziehen. (Lebhafte Beifall.) Die Krankenversicherung soll ausgedehnt werden auf alle wirtschaftlich schwachen, erwerbsfähigen Personen. Dr. Baum behandelte dann besonders die Forderungen auf Selbstverwaltung und Ausdehnung der Wochenhilfe und auf Einführung der obligatorischen Familienhilfe. Die Unverheirateten müßten zu den Kosten der Familienhilfe beitragen und die Familienversicherung auf alle nicht erwerbsfähigen Familienmitglieder ausgedehnt werden. Die Gefahr einer Proletarisierung der Ärzte durch die Ausdehnung der Krankenversicherung bestreite nicht, hier eröffneten sich gemeinsame Aufgaben. Der Referent ging noch auf die Selbstverwaltung ein und besprach dabei besonders die Bestimmungen der R.-V.-O. über die Wahl des Vorstehenden. Es könne niemand behaupten, daß durch diese Bestimmung die Sozialdemokratie bekämpft und geschwächt worden ist oder die Stellung der Arbeitgeber gehoben wurde. Erzielte wurde jedoch, daß wegen der Wahl des Vorstehenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ausbrachen. Wir schlagen darum vor, diese Bestimmungen zu streichen. Die Bestimmung, daß sozialdemokratische Agitatoren in Kassenstellungen hineingebrecht werden, ist jetzt wohl hinfällig geworden, da Sozialdemokraten selbst Unterkassensekretäre werden können. (Heiterkeit.) Darum können auch Bestimmungen auf diesem Gebiete fallen. Wir stellen alle diese Forderungen auf im Interesse der deutschen Volksgesundheit. (Stürmische Zustimmung.)

Die Diskussion über diese Vorträge wurde auf Dienstag verlagert.

k. Dresden, 18. September.

An die Referate über die Änderung der Reichsversicherungsordnung schloß sich eine längere Besprechung, in der Mund-Homburg verlangte, daß auch das Wahlrecht zu den Versicherungskammern geändert werde. Die Bestimmungen über das Beschwerderecht bedürften ebenfalls einer Neuregelung.

Urschloß-Neumarkt verlangte, daß die Kosten bei Unfällen vom ersten Tag an von der Unfallversicherung getragen und den Kassen zurückerstattet werden.

Nach weiteren Ausführungen, in denen auch das Recht der Kassen zur Kontrolle bei den Arbeitgebern über die Gehaltsanmeldung gefordert wurde, stimmte der Kongress mit großer Mehrheit einem Antrag Graf, Bauer und Kunze zu, wonach in den Zeitfragen der Referenten bei Organisation der Krankenversicherung die Bestimmungen über Betriebskrankenkassen gestrichen werden. Die Forderung zu diesem Kapitel lautet nun: „Es soll nur allgemeine Ortskrankenkassen geben.“

Die Vorschläge der Referenten wurden im übrigen einer Kommission für die Änderung der R.-V.-O. überwiesen.

Ueber die

### Kräftfrage

Es sei immer versucht worden, mit den Ärzten eine Verständigung zu erzielen. Wenn es nicht gelungen wäre, dann liege dies an dem mangelnden Einfluß der Gesetzgebung auf die Ärzte. Die Hoffnung, daß das Berliner Abkommen Frieden bringe, habe sich nicht erfüllt. Die Ärzte versuchten, das Programm des Leipziger Verbandes im Rahmen des Berliner Abkommens zur Durchführung zu bringen. Seemann begründet in seinen weiteren Ausführungen eine Entschärfung, in der gesagt wird:

„Die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Ärzteverbandes sind mit den Grundlagen der Krankenversicherung unvereinbar, daher konnte das Berliner Abkommen den Frieden in der Kräftfrage nicht bringen. Die Gesetzgebung muß den ärztlichen Beruf der Sozialversicherung baldigt eingliedern, wenn deren durch den Krieg erweiterte Aufgaben gelöst werden sollen. Die Zahl der Ärzte ist auf das im Berliner Abkommen bezeichnete Maß zu beschränken. Für die Höhe der ärztlichen Vergütung ist das kassenärztliche Gesamteinkommen und die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen zu berücksichtigen. Die Familienhilfe ist keineswegs höher als die Mitgliederbeihilfe zu vergüten; andernfalls kann ein Barzuschuß für ärztliche Hilfe gewährt werden. Bei Berechnung der ärztlichen Vergütung und Regelung des ärztlichen Dienstes sind die Krankenkassen durch Vertreter zu beteiligen. Verträge sollten von den Krankenkassen erst nach Begutachtung durch ihre zuständige Kassenvereinigungen geschlossen werden.“

In der Aussprache wandte sich Verbandsvorsitzender Kräftdorf gegen den Vorwurf der Ärzte, die Krankenkassen bezahlten zu schlecht. Diesen Vorwurf bekämpfte man endlich fast, weil der Nachweis geführt sei, daß die Ärzte, die nur eingerufen für die Kasse tätig sind, geradezu fürstliche Gehälter beziehen. In Gera seien Gehälter von 34 000 und 36 000 Mk. für das Jahr bezahlt worden,



## Ueberflut.

Roman von Martin Andersen Nexø.

Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Herm. Kly. 39)

(Nachdruck verboten.)

Ummäglich aber, je dichter die Zuschauer sich hinten drängten, troffen immer mehr und mehr unter der Schnur durch und nahmen die reservierten Plätze in Besitz, und bald waren Karl und Else auf allen Seiten von Zuschauern umgeben.

Die Vorstellung begann damit, daß ein kleiner Junge, der als Clown verkleidet war, hereinkam und allerlei Sprünge und Fazen machte. Es kam noch einer und noch ein dritter hinzu, und sie fingen an zu turnen. Aber Karl sah sie nicht, die Lichter und die schnellen Bewegungen, die kurzen, stimulierenden Rufe der Knaben und der Beifall der Zuschauer — all dies wurde zu einer Atmosphäre von leuchtenden Flocken und langzogen weißen Blättern, von Schneekristallen, die im Sonnenschein fieseln! Nein, das war es nicht — es war das Funkeln in Elses Blick, ihr halboffener Mund, das Lächeln in ihrem entzückten Gesicht, die warme Hand, die er in der seinen hielt. Wie war diese Hand in die seine gekommen? Ahnte sie nicht, daß er sie hielt? Würde sie sie zurückziehen?

Heißig drückte er sie, in dem blinden Entschluß, sich Besitz zu verschaffen — und sie drückte wieder. Und abermals tangte es vor seinem Blick und Bewußtsein: wirbelnde weiße Blütenblätter, leuchtende Schneeflocken.

„Wenn er nur nicht auseinanderplätscht,“ hörte er eine Stimme dicht bei sich sagen. Ein schmerzlicher Stich durchzuckte ihn, er raffte sich auf und sah den größten der Knaben mit den beiden andern auf den Schultern abwärts sinken, mit einem Bein nach jeder Seite gleiten, bis er auf die Erde aufstieß. Mit gepreizten Beinen sah er ein Weibchen da und lächelte den Zuschauern zu — ein krankes Lächeln. Dann raffte er sich auf, einmal, zweimal; es sah aus, wie wenn eine Währe, die auf glattem Wege unter einer zu schweren Last gestürzt ist, sich müht und müht, um in die Höhe zu kommen, aber es nicht fertigbringt und beschließt, liegen zu bleiben. Die Füße in seinem Gesicht erschlafften, er gab die Sache auf. Aber während er seine Schultern von der Bürde befreien wollte, tobte über ihm der Beifall der Zuschauer gleich Wetterschlägen und Flüssen; mit ungeheurer Kraftanstrengung raffte er sich auf und stieg empor, langsam glitten die Füße unter ihm zusammen, und er stand. Hi—hop! Er sprang unter seiner Bürde fort, warf den Kleinsten der Kameraden über seinen Kopf und ließ, ihn auf den ausgestreckten Armen haltend, hinaus; er schlingerte ein wenig mit den Knöcheln und Knieen, aber er war vergnügt.

Die Manege blieb eine Weile leer, und Karl meckelte betrübt, daß Else ihre Hand aus der seinen nahm. Sie begann, den Handgelenk auszugreifen, und die entlockte Hand glitt wieder auf die Bank neben ihn hinab. Er sah ein wenig, bis er verstand, dann ergriff er die Hand wieder, wunderte sich über ihre Weichheit und Wärme, befühlte sie unaufhörlich, bog ihre Finger und maß die Dicke des Handgelenks.

An der Hand des Direktors kam Miß Arabella herein und sprang auf einen Pferdehufe, so breit wie ein Eßtisch. Sie war in fleischfarbigem Trikot, hatte K-Beine, war blutarm und flachbrüstlich. Sie stützte sich mit der einen Zehenspitze auf das Pferd, streckte Oberkörper und Arme aus und hob das eine Bein hoch nach hinten; so schwebte sie mit beständigem Ausdruck durch die Luft, wie irgend etwas Wunderbares — ein Geist der Lüfte.

Die Zuschauer klatschten und jubelten. Else starrte geistesabwesend mit leuchtenden Augen vor sich hin und lehnte sich an Karl an; dieser fühlte, wie die Wärme und das Leben von der Schulter und dem Arme des gesunden jungen Weibes freiwillig in ihn hinüberströmten. Ihr Entzücken und die Begeisterung der andern steckten ihn an, er klatschte mit, machte allerlei vergnügte Bemerkungen und drückte ihre Hand.

Es waren keine bitteren Gedanken mehr in ihm, nur Glücksgefühl und Jugend. All das Selbstvertrauen der Jugend, ihre erottischen kleinen Neugierungen, ihr warmes Träumen schloß in ihm empor. Leise wiegte er Elses Fuß auf dem seinen, streich lieblosend über ihren Ärmel, streifte das Kleid um ihr Handgelenk zurück und umfaßte den weichen, runden Unterarm. Und bei gefährlichen Sprüngen und beim Fall von Trapez zu Trapez preßte sie ihr Knie gegen das seine, als müßte sie sich an etwas anklammern, und die Blicke jagen sich tief ineinander.

Es waren fast lauter junge Seelente und Handwerker da, und jeder hielt sein Mädchen im Arm. Karl hatte Lust, dasselbe zu tun; Else würde es natürlich finden, sie wunderte sich vielleicht schon darüber, daß er es nicht tat, sie gehörte ja zu den andern, den Glücklichen. Aber er war anders als diese Leute, darum genierte er sich vor ihnen, und darum sahen sie ihn mit unfreundlichen Augen an. Er würde sich auch nicht wie sie natürlich dabei anstellen, so daß es als vereinzelte Selbstverständlichkeit erschien, die zu nichts verpflichtete. Der ganze Zwangsapparat seines Rivaus sah ihm ja im Leibe und hinderte und verpflichtete ihn. — Und wie recht schaffen er sich auch selber vorkam, in den Augen dieser Menschen war und blieb er der Verführer, obwohl er nichts anderes tat als sie selbst.

Einen Augenblick befiel ihn Mißmut, aber ein fragender Blick Elses machte ihn wieder froh.

Über dem Eingang zur Manege war eine kleine Bühne, wo verschiedne kürzere Nummern gegeben wurden. Hier erschien jetzt der Direktor und hielt eine kleine Ansprache:

„Der sehr geehrten Publikum müssen entschuldigen, daß das Mann mit der große Schlund sich heute abend nicht selber essen können, da er sich in der verkehrten Kehle bekommen in Berlin, wo dieser Zirkus gerade herkommt und aufgetreten sein vor Kaiser und seine ganze Familie. Da haben der große Puma-Hano gegrint, daß sein Mund über beide Ohren ging und auf verkehrten Seiten von Gesicht hervorkommen, und große Kaiser hat seinen Bauch gehalten und gesagt: Mehr, noch mehr! So haben Puma-Hano über sein eigenes Kopf gegähnt, und die kaiserliche Familie haben geschrien: Mehr, noch mehr! Da haben Puma-Hano über die ganze Länge von seinen Rücken gegähnt, und Hofstaat von Kaisers

vor Lachen fast gestorben und geschrien: Mehr, noch mehr! Da haben Puma-Hano wieder gegähnt, und seine Zähne haben sich in seinen Rumpf festgesetzt, und da sie noch sitzen. Da hat der ganze Hofstaat ohnmächtig geworden, aber der Kaiser selbst sagten nur: Schön, wunderschön! — Es sein schade, sehr schade, meine Herrschaften! Aber morgen abend kommen Sie wieder, dann sein Puma-Hano kurtiert und kann sich selbst-essen mit große Appetit.“

Tosender Beifall folgte dieser Ansprache. „Wir wollen ihn sehen!“ riefen einigte Seelente. „Heraus mit Puma-Hano!“

„Nicht möglich,“ jagte der Direktor bedauernd. „Aber jetzt geben ich zweihundert Kronen dem, der mehr heben können als ich.“ Ein Mann trug mehrere große Gewichte herein, mit denen der Direktor sich zu schaffen machte, wobei er von Zeit zu Zeit einen herausfordernden Blick auf die Zuschauer warf.

Im Zirkus war alles still geworden, hier und da flüsterte man und wollte einander in die Manege stoßen. Plötzlich entstand drüben auf der einen Seite eine Bewegung, und alle Köpfe drehten sich dorthin. Ein Mann bahnte sich mit den Ellbogen einen Weg nach der Bühne; Karl sah zu seinem Erstaunen, daß es Lage war. Ungeniert trat er auf die Bretter, warf den Ueberzieher von sich und machte ohne Schwierigkeit die Kraftanstrengung des Direktors nach, unter dem starken Beifall der Zuschauer.

Der Direktor betrachtete den muskulösen jungen Mann mit immer scheelerem Blicken, und plötzlich verlor er eine Pantel auf den Fußboden und fing an, mit verzerrtem Gesicht auf einem Bein herumzuhinken. „Ich haben meinen Fuß verstauchen,“ jagte er und humpelte von der Bühne ab.

Rings im Zirkus murzte man, und eine Anzahl von jüngeren Leuten scharte sich um Lage und warf drohende Blicke nach dem Hintergrund der Bühne, wo der Direktor verschwunden war. Doch nun kam ein grinsender Negger hervor und gab Kraftproben mit den Zähnen zum besten; er hob einen Stuhl, auf dem ein Anabe lag, indem er die Zähne mit den Fingern packte, sprang dann in die Höhe, biß sich in ein Trapez fest und wirbelte herum. Dieser Kraftleistung konnten die jungen Leute nicht widerstehen, und der Beifall erscholl wieder mit der alten Stärke.

Nun war nur noch eine Nummer des Programms übrig — die „Glanznummer des Abends“.

(Vorfesung folgt.)

## Kleine Chronik.

Die älteste deutsche Nordpolarexpedition. Von nördlichen Europa aus haben die Wikinger gegen das Ende des 1. Jahrtausends kleine Seefahrten unternommen, und es ist klar, daß sie damals nicht nur Grönland entdeckt und besiedelt haben, sondern sogar bis nach Nordamerika gelangt sind; das also von ihnen rund 1000 Jahre vor Kolumbus entdeckt sein mag. Ueber diese Reisen ist gerade in letzter Zeit viel geschrieben worden, und namentlich hat Fridtjof Nansen den Fahrten der alten Norweger eingehende Untersuchungen gewidmet. Weinabe vergessen aber ist ein Unternehmen, das noch fast in dieselbe Zeit fällt und aus mehr als einem Grunde vor dem obigen hervorzuheben zu werden verdient. Einmal ging es zweifellos von der deutschen Küste aus, und außerdem wurde es aus Grönland unternommen, die zwar nicht gerade idealer Natur waren, aber doch auch nicht lediglich auf Handel und Landwerb abzielten. Der berühmte Adam von Bremen, ein Geistlicher am Bremer Dom, dessen Geschichte des Hamburg-Bremers Erzklosters eine der wertvollsten Urkunden alter deutscher Geschichtsschreibung ist, erwähnt darin auch eine Reise, von der er durch seinen Gönner, den Erzbischof Albalbert von Bremen gehört hatte, und in jener Reise ist eben jenes eigenartige Unternehmen zu sehen, das nämlich die erste deutsche und vielleicht überhaupt als die erste Nordpolarexpedition genannt werden könnte. Dieser Titel ist freilich nach dem tatsächlichen Erfolg etwas früh, aber das Merkwürdige an dieser Fahrt ist eben, daß sie angeblich der Hauptzweck nach aus reinem Forschungstrieb oder einer entsprechenden Abenteuerlust mit dem Zweck, „das Meer im Norden zu beschiffen“, veranstaltet wurde. Es kam vornehmlich darauf an, festzustellen, ob es nach Norden hin noch ein unbekanntes Land oder ein unbegrenztes Meer gäbe. Nebenbei mögen Rücksichten auf Ausbreitung des Glaubens und auf eine angemessene Beute mitgesprochen haben, woraus schon daraus zu schließen wäre, daß sich die Teilnehmer vor der Reise durch einen Eidswur verbandelten, vielleicht zur Sicherung einer gerechten Verteilung der Beute. Der Bericht, den Adam von Bremen über den Verlauf der sonderbaren Seefahrt gibt, enthält nun Dinge, die für einen Leser ohne genauere Kenntnis der damaligen Verhältnisse von den nördlichen Meeren ganz unverständlich scheinen müssen. Die braven Friesen, die „mit frühlichem Jubelgeschrei“ in See gestochen waren, fuhren zwischen Dänemark und Großbritannien hindurch nach den ostfriesischen (Orkney-) Inseln, dann weiter nach Island, wo wahrscheinlich gelandet wurde. Dann aber schifften sie nach Norden, indem sie alle genannten Inseln weit hinter sich zurückließen und bis zum „äußersten Ende“ gelangten. Dabei verließen sie in den schon von den Schriftstellern des Altertums erwähnten „erhöhten Ocean und weiter in einen fürchterlichen Nebel, der nach der damaligen Vorstellung den Ursprung von Erde und Blut darstellte. Nachdem einige Schiffe verloren gegangen waren, gelangten die übrigen an eine Insel, die von hohen Klippen wie eine Stadt von Mauern umgeben war. Sie trafen dort auf Menschen, die in Höhlen wohnten. Vor den Höhlen waren unzählige goldene und sonstige metallene Gefäße, von denen sich die Seefahrer möglichst viel zu Gemüte führten. Da tauchten die Höhlenbewohner als Männer von Mieswuchs auf, von gleichfalls ungewöhnlich großen Statur, die alsbald einen der Seefahrer zerrißen. Die übrigen entliefen mit ihrem Raub zu den Schiffen und langten dann nach weiteren Abenteuern in Bremen an, wo sie dem damaligen Bischof Albrand alles Erlebte berichteten.

Diese Erzählung ist in den Werken über die Geschichte der Entdeckungswelt wenig beachtet worden. Erst 1741 fand sie Berücksichtigung in der Schrift eines alten Bremer Gelehrten namens Gafel, und später hat sie Alexander von Humboldt einer ausführlichen Erwähnung gewürdigt. Eine gründliche Untersuchung hat für dann noch später der bekannte Geograph Kohl gewidmet. Besonders betont zu werden verdient der Umstand, daß nicht ein einzelnes Schiff, sondern eine ganze Flotte auf die Fahrt gegangen zu sein scheint. Die Zeit des Unternehmens ist durch die Erwähnung des Erzbischofs Albrand, der von 1085—1045 amtierte, hinreichend genau bestimmt. Daß die Reisenden tatsächlich an die Erreichung des Nordpols gedacht haben, scheint aus einer Angabe des Adam von Bremen hervorzugehen. Das bald erreichte „erhöhte Meer“ findet sich schon bei Wolfram von Eschenbach als Liberessee erwähnt, dann auch als Lebersee oder Klebersee. Dieser

Name bedeutet vermutlich dasselbe, was schon bei Strabo und Plinius als Leberlinge des großen phönizischen Seefahrers Pytheas genannt wird. Der Name Liberessee dürfte mit dem alten niederdeutschen Wort Libberig zusammenhängen, das eine blickliche Flüssigkeit bezeichnet und in diesem Falle auf das vor dem eigentlichen Gefrieren mit vielen kleinen Eiskristallen durchsetzte Wasser des Polarmeers zu deuten wäre. Der Wirbel, der die Expedition in so große Gefahr brachte, kommt gleichfalls schon bei römischen Schriftstellern vor und wird dort mit der dichterischen Bezeichnung „die Küstern des Meeres“ belegt. Dies Wort entspricht der Vorstellung, daß in jenem entlegenen Meeresgebiet ein mächtiger Abgrund sei, der abwechselnd das Meerwasser einsaugt und wieder anspeit und so die Seefahrer veranlaßt. Der dunkelste Teil des Berichts ist natürlich von der Fyllopininsel. Darüber sind die wunderbarsten Mutmaßungen geäußert worden. Einige friesische Chronisten nämlich haben diese Insel bis nach dem östlichen Sibirien verlegt oder sogar nach Ostsee in Schweden, wobei eine sonderbare Parallele zwischen dem Namen Ostsee und Ostia, die beide ursprünglich „Kalt“ bedeuten sollen, erfunden worden ist. Der Geograph Kohl hat eine viel nüchternere Erklärung gegeben, die aber vielleicht deshalb mehr Vertrauen verdient. Er glaubt nämlich, daß die friesischen Seefahrer bei der Rückkehr einfach auf den Färöer- oder auf den Shetlandinseln gelandet sind, um wenigstens etwas mit nach Hause zu bringen.

Ein verbummelter Student. Unter den deutschen Dichtern, die während des Weltkriegs zur Geltung kamen, ist Gustav Sack, der 1910 als Leutnant in Rumänien gefallen ist, eine der fessellichsten Erscheinungen. Im Verlag von S. Fischer in Berlin ist zunächst, von Freundeshand herausgegeben und eingeleitet, ein Roman von ihm erschienen: Ein verbummelter Student, den er noch kurz vor der letzten Ausfahrt in die endgültige Form brachte. Andere Werke, kleinere und größere, sollen folgen, und dann wird es möglich sein, sein Bild genauer zu entwerfen. Jetzt kann nur davon die Rede sein, wie er in diesem einen Roman, der ihn von 1910 bis 1916 immer wieder beschäftigte, sich darstellt. Und da ist er allerdings eine eigenartige Erscheinung.

Sack war ein ausgeprägter Bohémien, einer von denen, für die die Aussicht, in einem staatlich abgestempelten Beruf eine Rolle zu spielen, nichts Besorgendes hat. Daher ist sein ganzes Leben ein Zirkus und Verleschen. Schon während der Gymnasialzeit erlitt ihn die Unruhe; er unterbricht den Schulbesuch, um Apothekerlehre zu werden, kehrt aber bald zurück. Auf der Universität studiert er zunächst zwei Jahre lang deutsche Philologie, dann zwei Jahre Naturwissenschaften, und wäre dann am liebsten Mediziner geworden. Als anachronisch verbummelter Student zu Hause lebend, schreibt er schließlich den jetzt herausgegebenen Roman, auf dessen durchschlagenden Erfolge er wie ein kindlicher Tor hoffte, dient schlecht und recht sein Jahr ab, lebt, mit einer Frau verbunden, die ihn versteht, in Dürftigkeit als Schriftsteller in München, bis der Krieg ausbricht und ihn vom Experimentieren erlöst; im Cavarett vollendet er wenigstens noch seinen ersten Roman, um dann in den Tod zu gehen. Das ist mit seiner Unruhe, seinem Studienwechsel ein typisches Bohémienleben. Aus den Angaben des Herausgebers erfährt man, daß Sack in seiner Unbesorgtheit bald ebenso lebensfähig arbeitete wie bummelte, Kenntnisse sammelte, sie aber immer wieder als wertlos und ungenügend verworfen, im bürgerlichen Sinne verbummelte nicht aus Schwäche, sondern weil er nie ein Genie war.

Soweit ist nun sein Leben nichts Besonderes. Sein laues Gesicht bekommt es aber durch die Form, in der sich bei ihm das Gefühl des Ungenügens, der Sehnsucht aus dem bürgerlichen Leben heraus zu heben, Schulden zu machen. Aber dies alles ist nicht die wesentliche Form, in der sich das einacbarne Unbehagen äußert. Diese ist vielmehr eine rasende Kabbalerei des Denkens. Er lebt in andauerndem Wissensdurst. Er bohrt sich in die Wissenschaften hinein, die er erwählt, und gerät immer wieder auf die Frage: wozu dies wissenschaftliche Denken, das doch nicht zu den letzten Dingen führt? Und diese letzten Dinge haben es ihm angetan. In seiner Brust tobt ein ewiger Kampf zwischen wissenschaftlicher und philosophischer Erfassung des Lebens. Aus ihm entspringen seine Schmelze und seine Träume wie seine brennenden Qualen, und darüber wird ihm die Formung seines bürgerlichen Lebens minder wichtig, gleichgültig, ja es paßt ihm die Wit, es zu zerören.

Ein Spielbild dieses Lebenskampfes ist kein Roman, vor dem der gewöhnliche Romanleser andächtig geworden sei. Wie ihm selbst die ähne Form des Lebens minder wichtig war, so kommt es ihm in seiner Dichtung auch nur darauf an, den seelischen Weg nach Golgatha, den sein Held, Naturwissenschaftler wie er, zu gehen hat, in starken Gestalten herauszuarbeiten. Das Buch brodet von Sehnsucht und Verzweiflung, Schwärmerel und Hoheit. Es ist mit einer Blut geschrieben, wie sie ein Dichter nur in einem Werke auszubringen pflegt. Wer weiß, ob Sack noch viel über das hinaus zu geben hatte, was er im ersten Wurf von sich ließ, und dann immer wieder bearbeitete? Darüber werden die weiteren hinterlassenen Werke, deren Veröffentlichung in Aussicht gestellt wird, Auskunft geben.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend, 7 Uhr: Mignon. Sonntag, 7 Uhr: Don Juan (neu einstudiert). Montag, 7 Uhr: Wenn ich König wär. — Altes Theater. Freitag, 7 Uhr: Das Glück im Winkel. Sonnabend, 7 Uhr: Die Glückstuh. Sonntag, 7 Uhr: Die Kreuzschreiber. Montag, 7 Uhr: Glaube und Heimat (vollständl. Vorstellung). — Neues Operettentheater. Freitag, 7 Uhr: Unter der blühenden Linde (vollständl. Vorstellung). Sonnabend, 7 Uhr: Die Garbadlerin (zum 50. Male). Sonntag, 7 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Kühlerblut). Montag, 7 Uhr: Das süße Mädchen. Montag, 7 Uhr: Der fidele Bauer (vollständl. Vorstellung).

Die am Sonntag stattfindende Aufführung des neuinstudierten Don Juan unter musikalischer Leitung Otto Lohses beginnt 7 Uhr, worauf besonders hingewiesen wird. Die gemischte Neubearbeitung des Werkes, die möglichst auf die Aufführung von 1787 zurückgeführt, kommt von Oberregisseur Dr. Ernst Vert und ist technisch-dekorativ von Maschineninspektor Georg Vinnebach eingerichtet.

In der Aufführung der Operette Ganiuscha (am 20. September) spielt die Partie des Grafen Julius Albert Kunze, der voraussichtlich von 1918 an der Städtischen Operette angehören wird.

Leipziger Schauspielhaus. Abends, 8 Uhr: Die Königin der Luft. Sonntag, 7 Uhr: Die Königin der Luft. (Einheitspreis).

Baltensbergtheater. Abends, 8 Uhr: Die Rose vom Rhein.

Konzerte und Vorträge. Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Metropol, Gottschestrasse. Vortrag von W. H. Ritz über die Entstehungsgeschichte des deutschen Mittelgebirges. Gäste willkommen.